

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

42 (19.2.1925)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 k ohne Zustellung. Einzel-
preis 10 k, Samstag 15 k. — Anzeigen: die einseitige Kolonellseite 20 k,
auswärts 25 k, Reklamen 80 k. Annahmestunde 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle
u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher:
Geschäftsstelle Nr. 125; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpplin; für die Redaktion verantwortlich
Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger.
Druck und Verlag von Ged & Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Die Regierung Marx vor dem Landtag

Befassung der neuen preussischen Minister

Berlin, 18. Febr. Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Dr. Marx den Staatsminister Dr. Am Schönhof zum Justizminister, den Staatsminister Severing zum Minister des Innern, den Staatsminister Girtler zum Minister für Volkswohlfahrt, den Staatsminister a. D. Professor Dr. Becker zum Staatsminister und Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, den Oberlandesgerichtsrat Dr. Hüper-Nischoff zum Staats- und Finanzminister, den Rechtsanwält und Notar Dr. Schreiber zum Staatsminister und Minister für Handel und Gewerbe, den Generalsekretär der Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover, Oekonomierat Steiger, zum Staatsminister und Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ernannt.

Am Montag hat sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion endgültig darüber entschieden, ob sie sich an der Regierung Marx beteiligen oder nicht. Diese Entscheidung dürfte im wesentlichen von der Zusammensetzung des Kabinetts abgehangen haben. Eines haben die sozialdemokr. Unterhändler inzwischen jedenfalls noch erreicht, und das sollte man nicht unterschätzen. Hermes, der anfangs sich vom Zentrum als Landwirtschaftsminister vorgesehen war, wird dieses Amt in der neuen preussischen Regierung nicht bekleiden. Es ist vielmehr ein Zentrumsmann vorgesehen, dem man die fachliche Eignung nicht absprechen kann und der auch in politischer Beziehung für die Sozialdemokratie erträglich ist. Unter diesen Umständen ist die Frage, ob die Sozialdemokratie sich an der Regierung beteiligt, wenn sie in der Wilhelmstraße ausschließlich durch Severing vertreten ist, wesentlich anders zu beurteilen, als das der Fall gewesen wäre, wenn Hermes das Landwirtschaftsministerium übernommen hätte. Soweit der Charakter der neuen Regierung feststeht, handelt es sich um ein ausgeprägtes Links-kabinet, das bereit ist, den Kampf mit der Rechten bis zur äußersten Konsequenz aufzunehmen.

Die Regierungserklärung

Berlin, 18. Febr. In Beginn der heutigen Sitzung des Preussischen Landtages gedachte Präsident Bartels des Dornmünder Grubenunglücks und sprach den Hinterbliebenen die herzlichste Teilnahme des Landtages aus. Sodann ergriff Ministerpräsident Marx

das Wort, um sein Programm zu entwickeln und stellte zunächst das neue Kabinet vor. Er schloß sich in feierlichen Worten dem Präsidenten zu dem Bergwerksglück an und versprach, einer weiteren Verbesserung der Unfallversicherung und dem Versicherungswesen die größte Sorgfalt und Aufmerksamkeit zuzuwenden. Besonders dank sprach er dann namens des Gesamtstaatsministeriums den Mitgliedern des vorigen Kabinetts und in erster Linie dem früheren Ministerpräsidenten Braun aus.

Ministerpräsident Marx fuhr fort: Schwere Jahre habe das Reich erlebt. Wir haben durchgemacht. Nur ganz allmählich habe das Jahr 1924 eine Besserung und klareren Ausblick gebracht. Derzeit ist der Zustand, daß trotz der klaren Bestimmung des Versailles-Vertrages die Berliner Zone am 10. Januar nicht geräumt wurde. Die Regierung weiß sich eins mit der Auffassung aller Parteien, daß alles daran gesetzt werden müsse, um möglichst bald die Berliner Zone wie auch die während der Ruhrbesetzung von fremder Besatzung belegten Gebiete zu befreien. Den Besatzern des besetzten Gebietes und diesen Gebieten entbiete er herzlichste Grüße. Die preussische Staatsregierung verbinde damit das Bestreben, unermüdet Treue und tatkräftiger Hilfe, so weit sie irgendwie möglich sei. Sie werde in möglichst weitgehendem Umfang Gebrauch machen von dem Recht der Reueabgabe bei Verbrechen, soweit sie auf die infolge der Ruhrbesetzung geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zurückzuführen sind. Jedoch die Außenpolitik müsse für die innerpolitischen Verhandlungen maßgebend sein und innerpolitische Wünsche müßten davor zurücktreten. Für national denkende Deutsche sei die Festigung und Wahrung der deutschen Reichseinheit eine Selbstverständlichkeit; daneben aber müßten die Rechte der einzelnen Länder festgelegt werden. Die Staatsregierung werde mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken suchen, daß möglichst bald eine Klärung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern statfinde.

Was das Verhältnis Preußens anlangt, so sollte jetzt nicht ein eingehendes Regierungsprogramm vorgelegt werden. Es müßte nur die Richtlinien vorführen, nach denen die Regierung die Politik einzurichten gedente. Selbstverständlich müsse vor allem die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt werden. Der Landwirtschaft müsse die ihr zunehmende Förderung zuteil werden. Eine wesentliche Aufgabe der Regierung müsse die Durchführung der Reform der kommunalen und finanziellen Verwaltung sein. Die Verhandlungen über den Finanzausgleich, der das Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden für die nächste Zeit regeln solle, würden auch den Gemeinden wieder wichtige Einnahmen verschaffen. Fürchten diese überaus schwierigen Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis, so würde damit die finanzielle Bedienung für die Privatverwaltung gegeben sein. Der Lage der preussischen Finanzen betrachte das Staatsministerium mit ernstlichen Sorgen und die Ausgaben zeig-

ten die Tendenz mehr zu steigen als die Einnahmen und die Betriebsüberschüsse gingen zurück. Vor allem aber beleuchteten die Pläne der Reichsregierung eine ernste Gefährdung der Finanzen, sowohl des preussischen Staates, als auch der preussischen Gemeinden. Das Staatsministerium sei bereit, dem Reiche zu gehen, was des Reiches ist. Aber Breußen könne für sich der Steuern in dem Umfang als es die Reichsregierung plant, beteiligt zu werden, sondern auch einen größeren Einfluß auf die Verwaltung dieser Steuern zu gewinnen. Neue Verhandlungen mit dem Reiche stehen vor der Tür. Breußen ist viel leicht durch seine Regierungsgelände schon ins Hintertreffen gekommen. Jedenfalls ist Gefahr im Verzug. Ich halte es für meine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, welche schwere Verantwortung diejenigen auf sich nehmen, die die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung unmöglich machen, und verhindern, daß der preussische Staat in den Verhandlungen mit dem Reiche über die erforderliche Autorität verfügt. Bei der Mitarbeit in der Reichsfinanzreform und bei der Gestaltung der Reichssteuer wird sich das Staatsministerium von dem Gedanken leiten lassen, die Steuererleichterung und die Verbilligung zu vereinfachen und vor allem dem Mittelstand und die Festbesoldeten im Rahmen des Möglichen zu entlasten. Es wird die besondere Aufgabe der Regierung sein, darüber zu wachen, die aus der Inflation erwachsenen anormalen Wirtschaftsverhältnisse zu beseitigen.

Auf kulturpolitischem Gebiete wird die Regierung die gleichen Pläne des vorigen Kabinetts innehalten. Das gilt besonders für die Stellung gegenüber der Kirche und in den Fragen der Schulreform. Die Reform des Hochschulwesens, die Knechtung der Lehrerbildung soll im Sinne der vom Landtag gutgeheißenen Maßnahmen durchgeführt werden. Die Schule muß den Geist des Christentums kräftig lebendig machen. Auch die Schule muß das Vaterland wieder zum verbindlichen Mittelpunkt des Lebens werden. — Auf dem Gebiete der Volksgesundheit wird die Staatsregierung unablässig betreibe sein, die schweren Folgen des Krieges zu bekämpfen.

Das Ziel der staatlichen Wohnungspolitik muß dahin gehen, die noch bestehenden Verbindungen in der Wohnungswirtschaft baldigt zu beseitigen. Dieses Ziel wird man am besten fördern durch die Bautätigkeit. In der Arbeitsbeschaffung sieht die Staatsregierung die beste Form einer Erwerbslosenfürsorge. Die beabsichtigte Einführung einer Arbeitslosenversicherung wird auf das nachdrücklichste unterstützt und die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft werden im Auge behalten werden.

Der Ministerpräsident schloß seine Erklärung mit einem ersten Appell an alle Kreise des Volkes, abzuweichen von dem verberberlichen inneren Streit und sich zusammenzuschließen zu einer echten bürgerlichen Gemeinschaft, um das Volk aus dem tiefen Verfall wieder empor zu führen. Die Staatsregierung sei gewillt, ihre besten Kräfte einzusetzen für das Wohl unseres Volkes, eines starken Preußens im Reiche. (Beifall in der Mitte, Gelächter bei den Kommunisten.)

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde oft von den Kommunisten unterbrochen. Die Sitzung wurde darauf auf eine Stunde vertagt.

Nach der Rede des Ministerpräsidenten Dr. Marx erklärte der Abg. Winkler (D.M.), daß die Deutschnationalen der neuen Regierung Mißtrauen entgegenbrächten und sie mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpfen würden. Sie erklärten einen neuen Appell an die preussischen Wähler.

Der sozialdemokratische Abg. Wählich wandte sich scharf gegen die Haltung der Rechten. Seine Partei wolle die neue Regierung im allgemeinen unterstützen, wolle sich aber ihre Stellung im Einzelnen vorbehalten. Für die Volkspartei sprach der Abg. v. Campe der neuen Regierung das Vertrauen ab, während der Abg. Schmidt-Lichtenberg (D.M.) unter lebhaftem Beifall der Mitte dem früheren Reichskanzler Dr. Marx für seine Bereitwilligkeit, durch die Einsetzung seiner Person der von der Volkspartei und den Deutschnationalen in Preußen herausgehobenen Krise ein Ende bereitet zu haben, den Dank aussprach.

Die weitere Aussprache wurde auf morgen vormittag vertagt.

Das Urteil im Hamburger Hochverratsprozess

Hamburg, 18. Febr. Im Hamburger Hochverratsprozess wurden herverteilt: Wegen hochverräterischer Unternehmungen: Urbans zu 10 Jahren Festungshaft und 1000 M. Geldstrafe, wegen Beihilfe dazu: Levy und Jensen zu je vier Jahren Festungshaft und 400 M. Geldstrafe, Köppen zu fünf Jahren Festungshaft und 500 M. Geldstrafe, Frehe zu sechs Jahren Festungshaft und 600 M. Geldstrafe, Schabbe zu 2 1/2 Jahren Festungshaft und 250 M. Geldstrafe, Mühl wurde von der Anklage wegen Beihilfe freigesprochen, aber wegen verbotenen Waffentragens zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Offizier wurde freigesprochen.

Neue Morde in Bulgarien

Budapest, 18. Febr. Wie das Unkar. Teleg. und Corriere aus Sofia meldet, wurde gestern abend in Sofia der kommunistische Abg. Strahimirov ermordet. Es gelang nicht, den Mörder zu fassen. In Philippopol wurde der Sekretär des Bürgermeisters ermordet und der Chef der Geheimpolizei vermundet.

Die Denkschrift zum Ruhrstandal

Soweit man bisher sehen kann, hat die Veröffentlichung der Ruhrdenkschrift der Reichsregierung das Gegenteil von dem bewirkt, was sie bezweckte. Die Erregung der Linkspresse und der Mittelparteien über die schon jetzt erkannte Ungerechtigkeit, mit der man die Schwerindustrie bei der Schadenvergütung den kleinen Gewerbetreibenden und den sozial schwer Betroffenen vorgezogen hat, wird auf der Linken überall betont. Die von der Schwerindustrie bezahlte Presse übt sich, nachdem sie anfangs mit vielem Behagen die industriefreundliche Haltung der Regierung vermerkt hat, in einer geradezu vollendeten Wanzentaktik. Man will von den Einwendungen der Linkspresse, von den Feststellungen der ungerechtfertigten Zuwendungen nichts hören und nichts sehen. Was würden sonst auch die betragenen Spärer und die Masse von der Inflation sozial Geschädigten sagen, wenn man die offenkundigen Bevorzugungen der Reichsregierung als solche anerkennt?

Eine besondere Bedeutung kommt der Tatsache zu, daß die Denkschrift die Bevorzugung der großindustriellen Gruppen ganz unverhohlen zugeibt. Die kleinen Gewerbetreibenden warten zum Teil noch heute auf ihr Geld, und es muß auch gehen. Bergbau, chemische Industrie und zum Teil die Schiffahrt dagegen sind bereits, wie es in der Denkschrift heißt, im vollen Besitz ihrer Abgeltung, während die kleinen Gewerbetreibenden noch warten dürfen, angeblich aus „technischen Gründen“ — weil man nämlich mit vielen Kontrahenten zu verhandeln hatte. Dabei ist auffallend, wie summarisch die Abrechnung vorgenommen wurde. Ein Teil der Entschädigungen erfolgte z. B. in der Form von Steuererstattungen. Nicht gesagt hingegen ist, mit welchen Goldkurzen die gestundeten Steuerbeträge auf die Entschädigungszahlungen angerechnet wurden. Wäre das einwandfrei erfolgt, so hätte man das ja gleich in der Denkschrift sagen können. Da es nicht geschah, wird sich die Regierung auf recht unliebbare Fragen im Parlament gefaßt machen müssen. Wir für unser Teil haben bereits festgestellt, daß wir von der in der Denkschrift behaupteten Nachgiebigkeit der Ruhrindustrie bei der endgültigen Festlegung der Entschädigungszahlungen nichts finden konnten. Tatsächlich sind bei einer ganzen Reihe von Forderungen die angegebenen Schäden noch geleistet worden, obwohl in der Bekanntmachung der Reichsregierung vom 10. Dezember 1924 nur rund 75 Prozent der großen Schadensersatzforderungen abgegolten worden sollten!

In keinem Falle hat die Schwerindustrie weniger erhalten als diese Verordnung vorsah. Im Gegenteil, der öffentlich bekanntgemachte Sach ist vielfach sogar überschritten worden. Wie man unter diesen Umständen davon reden kann, daß die Regierung durch ihre beschleunigte Erledigung der Frage besondere Vorteile für den Reichsfiskus erzielt habe, ist vollkommen unerfindlich. Der Ruhrstandal ist durch die Denkschrift, auf die man noch wiederholt wird zurückkommen müssen, weil ihr Material zu umfangreich für eine rasche Nachprüfung ist, jedenfalls nicht erledigt, sondern im Gegenteil befestigt worden. Auf die grundlegenden Fragen der Inflationsgewinne der Ruhrindustrie bei Lohnsicherungen usw. enthält sie überhaupt keine Antwort. Man wird der Regierung, deren Schweigen nur allzu berechtigt ist, im Parlament die Zunge schon zu lösen suchen.

Zum Grubenunglück in Dortmund

Dortmund, 18. Febr. (Eig. Bericht.) Die „Berarbeiter-Zeitung“ meldet, daß die Untersuchungskommission für das Grubenunglück auf „Minister Stein“ bei der Unglücksstelle das Vorhandensein von ungeheuren Kohlenstaubmengen festgestellt hat. Der Kohlenstaub lag an manchen Stellen so dick, daß er bis an die Knöchel reichte. Weiter stellte die Kommission fest, daß sich in einer Brennstammer erhebliche Mengen schlagender Wetter angesammelt hatten. Ebenso steht fest, daß einen Tag vor dem Unglück auf der Unglücksstelle ein außerordentlich starker Gebirgsdruck erfolgt ist, der 18 eiserne Stempel verbogen bzw. zerbrochen hatte.

Koblenz, 18. Febr. Anlässlich des Grubenunglücks in Dortmund sprach die interalliierte Rheinlandkommission dem Präsidenten der Rheinprovinz, der Reichsregierung, der preussischen Staatsregierung und den Hinterbliebenen der Opfer ihr aufrichtiges Beileid aus. In der Trauerumgebung am Beileidestage schloß sich die Rheinlandkommission dadurch an, daß sie auf dem Dienstgebäude die Flagge auf Halbmast hielte.

Weitere Spenden

Berlin, 18. Febr. Der Magistrat der Stadt beschloß, bei der Stadtverordnetenversammlung durch eine Dringlichkeitsvorlage die Bewilligung von 50 000 M. für die Hinterbliebenen der Opfer des Dortmunder Grubenunglücks zu beantragen.

Dannover, 18. Febr. Der Magistrat hat heute 10 000 M. für die Hinterbliebenen der auf Zeche „Minister Stein“ verunglückten Bergarbeiter bewilligt.

Die Schlammflut von Rechts

Von Philipp Scheidemann

Die Feinde der Republik haben den Kampf — was sie so Kampf nennen — um die Wahl des Reichspräsidenten auf der ganzen Linie begonnen. Eine Schlammflut von schier ungeheuerlichen Dimensionen wälzt sich über das Land, eine stinkende Flut, in der alles ertränkt werden soll, was republikanisch, demokratisch oder gar sozialdemokratisch ist. Die gute alte Zeit wird in den verladendsten Farben geschildert und in Vergleich gestellt zu den „Ertrungenschaften der Revolution“. Mit Verlaub, um das vorweg zu nehmen: die Ertrungenschaften der Revolution können sich sehen lassen! Die Tatsache, daß das Reich noch besteht und frei von Volksewisten erhalten werden konnte, ist der große Erfolg der Revolution, die schnell zugriff, als das Reich infolge der blöden kaiserlichen Politik wie der tabettenhaften Heerführung vollkommen in Trümmer zu fallen drohte — als reise Frucht für die Anhänger Lenins. Die Erhaltung des Reiches, die Verhütung seiner Auflösung im Herbst 1918 war eine vaterländische Großtat von zunächst gar nicht zu überschätzender Tragweite. Sie wird, wenn über die absolute Unzulänglichkeit Ludendorffs kein Mensch mehr im Zweifel sein wird, in der Geschichte mit großen Letztern verzeichnet werden!

Die Schlammflut! Es ist immer dasselbe, seit 1919. Eine feile Presse, die von machtlüsterne und herrschsüchtigen Klüngeln gefaßt worden ist, muß bekannte Führer der Demokratie und des Sozialismus verdächtigen und verleumden. Die unfinnigsten, zum Teil freilich mehr lächerlichen Beschuldigungen werden erhoben. Wenn Schulze bei Lehmann, gegen den später Beschuldigungen erhoben werden, gerühmt oder gar gewohnt hat, ist er schon „bestochen“ worden, zumal wenn er den Lehmann unvorsichtigerweise auch gelegentlich empfohlen haben sollte. Und weil Lehmann bei Schulze gegessen oder geschlafen hat, also (!) bestochen worden ist, deshalb (!) ist die Partei Schulzes „kompromittiert“. Die Sache ist natürlich total anders, wenn etwa Herr Stresemann, laaen wir den Spritweber einführte, dann ist es selbstverständlich, daß Herr Stresemann den Weber für einen ausländischen Menschen gehalten hat. Bei Republikanern wird mit der gleichen Selbstverständlichkeit das Gegenteil unterstellt.

Es erscheint zwar überflüssig, muß aber angesichts der Gewissenlosigkeit auf der Gegenseite doch betont werden, daß es keinem Demokraten einfallen wird, wirkliche Korruptionsfälle mit auch nur einem Worte entschuldigen zu wollen. Ganz im Gegenteil, die Republik muß mit Argusaugen darüber wachen, daß jeder Beamte sich tadellos benimmt, daß die Ermäßigten des Volkes als Vorbild der wahrer Bürgertugend — nicht etwa Spießbürger-tugend! — allen anderen vorangehen müssen. Wer gegen Gesetz und Recht verstößt, muß zur Rechenschaft gezogen werden. Die Republik darf nicht dulden, daß beispielsweise Unternehmern oder Unternehmungen sich an der Not des Volkes mästen, wie das im kaiserlichen Deutschland die Regel war. Im Kriege, also zur schlimmsten Notzeit, beutete die Rüstungsindustrie das arme Volk in der schamlosesten Weise aus. Als der vom Kriegsministerium eingeseetzte Prüfungsausschuß bei den Daimlerwerken (auf Anregung No. 1) einmal gründlich nachprüfte, und dabei feststellte, daß mehr als 96 Millionen Goldmark an unberechtigtem Mehrgewinn und „aus Versicherungen an das neutrale und feindliche Ausland (!!) verschleiert gebucht waren“, hob sie ausdrücklich hervor, daß das Verhalten der Daimler Motoren-Gesellschaft nicht eine einzelne Erscheinung, sondern nur ein typisches Beispiel für eine große Menge der für Rüstungszwecke herangezogenen Unternehmen sei, und es wäre nach Ansicht der Prüfungskommission „ein Unrecht, wenn man diese eine Gesellschaft anders behandeln und beurteilen würde, wie jene große Zahl der im Kriege besonders begünstigten Geschäftstriebe und einzelne Be-sonen...“

Wer gesagt, derartiger Landesverrat, solche Volksauswucherung und Korruption darf in der Republik unter keinen Umständen geduldet werden. Ein Mann wie der deutsch-nationale Junker von Oldenburg, der 500 Morgen Land trotz der hungernden Millionen im Kriege nicht bestellte, weil ihm die Preise nicht hoch genug und die Kontrollbestimmungen zu schikanös waren, müßte in der Republik eingeperrt werden. Die Vetterwirtschaft, wie sie im kaiserlichen Reich, sowohl in der Verwaltung wie auch bei dem Heere, üblich war, muß in der Republik ausgeschlossen sein. Selbstverständlich dürfte eine republikanische Partei einen Führer auch nicht zu bedenken und zu halten suchen, wie die Konservativen ihren hervorragenden Führer Freiherrn v. Hammerstein, der bekanntlich aus triftigen Gründen ins Zuchthaus marschieren mußte, zu halten versucht hat. Daß ein Präsident der Republik auch niemals ein Rachehofen-fabrikant sein könnte, um „Cadiner“ zu verkaufen oder ein Geisteskranker wie Friedrich Wilhelm VI., Wilhelm II. oder Ludwig II. ist ebenso selbstverständlich.

Wenn die Republik gegen jeden, der sich strafbar gemacht hat, streng sein soll, so muß sie auch unbedingte Gerechtigkeit obwalten lassen gegen jeden zunächst nur Beschuldigten. Harte Strafe müßte den treffen, der einen Mitmenschen in ehrabschneidender Weise verdächtigt, ohne den schlüssigen Beweis für seine Behauptungen führen zu können. Der jetzige Zustand ist unerträglich. Tugend ein leichtfertiger Schwärmer, wenn nicht gar ein gefaßtes Subjekt, beschuldigt einen unbedeuten Menschen, unehrenhafte Dinge getan zu haben. Diese Behauptungen werden in aller Welt durch die Presse verbreitet. Der Beschuldigte wird auf jeden Fall schwer geschädigt; er mag, muß dann aber vor Gericht sehr bald zu seinem Erstnamem bemerken, daß er als Kläger kaum noch in Erscheinung tritt, daß vielmehr der Verleumder zum Ankläger geworden ist, hundertertei Klatsch und Tratsch, der mit dem Streitfall in gar keinem Zusammenhang steht, vorbringt und es dem beschimpften Kläger überläßt, den Beweis für seine Un-

schuld zu führen. Ist schon die Gerichtspraxis für einen rechtlich denkenden Menschen kaum zu ertragen, so wirkt die Verhandlung in dem sogenannten Barmer-Ausschuß des Preussischen Landtages wie eine boshafte Pöbel, in der immer mehr Männer verdächtigt und durch den Kofao gezogen, in ihrem Ansehen also schwer geschädigt werden, ohne daß sie zunächst auch nur das geringste Wirksame dagegen tun können. Wer erinnert sich in diesem Ausschuss noch an die See-handlung und ihre deutschnationalen Beamten, die pflichtwidrig Kredite gegeben und dadurch den Staat geschädigt haben? Von der eigentlichen Aufgabe dieses Ausschusses ist gar nicht me — die Rede. Dagegen wird „untersucht“, d. h. behauptet, und dann stundenlang breitgetreten, wer sich damals kompromittiert hat, daß er mit einem aus dem Geschlechte der Barmer in Berührung gekommen ist. Siehe weiter oben: Stresemann-Spritweber! Dieser Untersuchungsausschuß ist ein bössartiger Un-erwartet innerhalb weniger Tage zu einer von der Republik unterhaltenen Zentrale der Reaktion von recht und links zur Verabfolgung und Zerstörung der Republik geworden. Man darf gespannt sein, wie lange dieser Unruß noch möglich sein wird.

Wird diesen unerträglichen, das Ansehen der Republik untergraben den Zuständen gelegentlich nicht bald ein Ende gemacht, dann wird die Selbsthilfe schließlich eine berechtigte Eigentümlichkeit in Deutschland werden.

Die Anklage der Toten

Dortmund, 18. Febr. (Eig. Funddienst.) Bei der Bestattung der Opfer der Grubenkatastrophe hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Dufmann, der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes, für die Arbeitsgemeinschaft der vier Bergarbeiterverbände eine Gedenkrede, in der er ausführte: „Die Not und Schwere der Zeit hat überall in den Bergmannsfamilien Einbruch gehalten. Und all die schwere, mühsame und gefährliche Arbeit hat es nicht vermocht, den Menschen die Möglichkeit zu geben, ein lohnendes Dasein führen zu können. Aber trotz aller Sorgen und Mühen, trotz der Schwere der Zeit lebte doch in den Herzen all dieser Menschen ein Hoffnungsstraahl, weil jeder sich sagte, daß auch nach dieser schmerzlichen Zeit im Gefolge des grausigen Krieges eine bessere Zeit kommen und daß es dem verdienten Mühen und Streben gelingen würde, dem Bergmannsstand die ihm zukommende Anerkennung zu verschaffen. Nun liegen zahlreiche brave Knapen ausgebreitet in ihren kleinen Säuschen. Wer vermag die Qual, die viele von ihnen in ihren letzten Stunden erduldet haben, zu schildern? und wer vermag den Schmerz zu erfassen, der durch den schnellen Tod der Ernährer in die Familien getragen wurde. Die 136 Knapen sind eine berebete Anklage. Sie fragen: Ist alles geschehen, um ein solches Unglück unmöglich zu machen und die Gefahren des Bergbaues zu bannen? Ist alles geschehen, um die so gefährlichen Schlammfelder dem Grubenbergbau fernzuhalten, und wenn sie auftreten, schnell zu beseitigen? Ist alles geschehen, um den so gefährlichen Kohlenstaub sich nicht anhäufen zu lassen?“

Es muß alles geschehen, um in das Dunkel der Katastrophe hineinzuleuchten. Was die organisierten Arbeiter aller Verbände tun können, das wird geschehen, um Aufklärung zu bringen, und um für die Zukunft Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen, damit nicht sobald wieder eine solch traurige Nachricht durch die Lande eilt. Die Toten aber klagen nicht nur an. Sie mahnen die Regierung, den Reichstag und den Landtag, die Bergbehörden und die Unternehmer an ihre Pflicht, damit mehr als bisher auf die Wünsche und die berechtigten Ansprüche der Bergarbeiter Rücksicht genommen wird. Sie mahnen, daß die Rechte der Bergarbeiter mehr gewahrt werden, weil dadurch nach Auffassung aller Bergleute ein solch Unglücksfälle verhütet werden. Die Toten mahnen aber auch ihre Kameraden, zusammenzutreten, denn das, was notwendig ist, um den Bergmannsstand auszubauen und die Sicherheit in den Gruben zu fördern und dem Bergmann, zu seinen Rechten zu verhelfen, das kann nur durch Einigkeit erreicht werden. Für uns Bergarbeiter kann ich die Versicherung abgeben, daß wir auch jetzt wieder erweisen wird, daß die Bergarbeiterschaft eine große Familie darstellt. Wir fordern in diesen schweren Stunden nicht nur Mitleid, Hilfe und Beistand für die Angehörigen der jetzt verunglückten Bergarbeiter, sondern Schutz dem lebenden Bergmann. Tut alles, was in Euren Kräften steht, um die Gefahren der Gruben zu bannen und solches Unglück zu verhindern. Was Wissenschaft und Technik zu leisten vermag, muß angewandt werden, um dem Bergmann die Möglichkeit zu geben, seine schwere Berufsarbeit mit mehr Sicherheit ausüben zu können.“

Der Raub am deutschen Wald

Nachdem erst vor wenigen Tagen die deutsche Presse warnd ihre Stimme erhoben gegen den Raubbau der Franzosen an den Kohlengruben des Saargebietes und die im Zusammenhang damit heraufbeschworene Gefährdung ganzer Dörfer, wirkt nunmehr der Prozeß Himmelsbach-Bernbach, der sich in diesen Tagen vor dem Forum des Schöffengerichts in Alt-Roabit abspielt, ein grelles Schlaglicht auf die von den Besatzungsstruppen, teilweise unter Mithilfe deutscher Firmen planmäßig ausgeführte Waldschlächtere im besetzten Gebiete. Die dem Prozeß zugrunde liegenden Tatsachen sind kurz folgende: Gleichzeitig mit dem Einbruch in das Ruhrgebiet am 11. Januar 1923 beschlagnahmten die Franzosen und Belgier u. a. auch die linksrheinischen Staatswaldungen zur Ausbeutung nach eigenem Ermessen. Der passive Widerstand, den die Reichsregierung gegen diese, iediglich Recht höhnsprechenden eigenmächtigen Sanktionen anordnet hatte, mußte Ende September 1923 eingestellt werden. Die planlose Abholzung deutschen Waldes, die während dieser Zeit von den Besatzungsmächten betrieben worden war, setzte nach kurzer Pause zu Anfang des Jahres 1924 von neuem ein. Die Franzosen planten einen weiteren Einbruch von über einer Million Festmeter staaten Stammholzes und schloffen zu diesem Zweck mit 11 deutschen Firmen, die dabei auf eigene Faust vorzugehen, Verträge, die bis zu den Coblener Verhandlungen im Herbst 1924 von beiden Seiten vor der Öffentlichkeit geheimgehalten werden sollten. Unschöne Mengen deutschen Holzes wurden in dieser Zeit zugunsten der Franzosen in alle Winde verschleudert.

Nur wer sich das in kultierten Ländern durch das Aufblühen der modernen Wirtschaft bedingte Zurücktreten der vorhandenen Waldfläche bis zu einem wohl abgewogenen Verhältnis zum bebauten Boden und die besonders in Deutschland seit mehr als dreihundert Jahren im Interesse der Gesamtwirtschaft und der Bevölkerung von Gemeinden und Staat betriebene weitgehende Fortschritt auf der einen Seite und die in obigem Prozeß aufgedeckten trassen Tatsachen auf der anderen Seite vor Augen führt, kann sich über die unberechenbaren Schäden, die ein derartiger Vandalismus auf Jahrzehnte hinaus der deutschen Volkswirtschaft zufügt.

Die Firma Himmelsbach hat, wie berichtet wird, gegen das freisprechende Urteil gegen Bernbach Berufung eingelegt. Das kann sie gewiß machen, aber sie kann sich nicht von dem Vorwurf freimachen, bei der Verurteilung des Kaiser-Waldbestandes durch die Franzosen in staemüßiger Weise mitgewirkt zu haben und wenn der Vertreter des Pfälzer Waldes hierfür die trauen Bergkuppen betrachtet, kann er dem Gotte Mammon folgenden Vers singen:

Wer hat dich, du schöner Wald,
Abge-holt und dann verschoben.
Ja, den Meister will ich loben,
Solang noch mein' Stimm' erschallt.

Die Spannung zwischen Deutschland und Rumänien

Das längst gespannte Verhältnis zwischen Deutschland und Rumänien hat neuerdings eine wesentliche Verschärfung erfahren. Die rumänische Regierung soll z. B. neuerdings handelspolitische Maßnahmen planen, die bei ihrer Anwendung den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland bedeuten würden. Nähere Nachrichten liegen über die ganze Angelegenheit noch nicht vor, jedoch es raum ist, vorläufig den Fall in Ruhe zu betrachten und zu erörtern. Soweit wir jedoch unterrichtet sind, ist von rumänischer Seite mit der Anwendung des Maginotolles auf deutsche Waren zu rechnen; dagegen beschäftigen sich die Nachrichten über Ausweisungen von deutschen Staatsangehörigen aus Rumänien und die Beschlagnahme ihres möglichen Vermögens nicht.

Der Konfliktfall stammt noch aus der Kriegszeit. Deutschland war nach der Okkupation Rumäniens durch die deutsche Armee auszunagen, die Rumänen in Höhe von 1 1/2 Milliarden Lei auszugeben. Diese Maßnahme war schon darum geboten, weil die Rumänen den rumänischen Goldschatz mitgenommen und so den rumänischen Geldmarkt zum Erliegen gebracht hatten. Deutschland stellte als Bedingung für die Lei-Rumänen eine Summe fester, die 1 1/2 Milliarden Mark in Papierwerten betrug. Nach dem Kriege trat die Verwertung der deutschen Papierwerte ein und damit begann sich die Regelung zwischen Rumänien und Deutschland äußerst schwierig zu gestalten. Es haben im Laufe des letzten Jahres allein dreimal Verhandlungen stattgefunden, die alle ergebnislos verliefen. Ein Angebot Deutschlands, die Schuld durch 50 Goldmillionen auszulösen, wurde von Rumänien abgewiesen. Deutschland betonte immer, daß es zu einer Regelung innerhalb der Reparationssummen bereit wäre. Jeder Standpunkt wird aber von Rumänien nicht geteilt. Anfangs begründete Rumänien seine Forderung auf Verletzung der Vancoc-Generala-Noten durch den Versailles Vertrag. Es fand aber damit bei der Reparationskommission und auch bei der letzten Tagung der Finanzminister in Paris Ablehnung. Jetzt betonen die Rumänen die Auffassung, daß die Angelegenheit außerhalb des Rahmens des Versailles Vertrages geregelt werden müsse.

Damit wird die Grundlage der ganzen Debatte erheblich verschoben. Deutschland, das auch heute seine Verpfändung anerkennt, kann auf eine Regelung außerhalb der Annuitäten gemäß des Damessplans nicht eingehen, weil eben dann eine Durchsicherung des Zahlungsplans stattfinden und Weiterungen, die den ganzen Damessplan über den Haufen werfen, erfolgen dürften.

Berlin, 19. Febr. Die rumänische Darstellung, wonach Deutschland seinen Verpfändungen aus dem Versailles Vertrag gegenüber Rumänien nicht nachkommen wolle und Deutschland alle aus diesem Vertrag sich ergebenden rumänischen Ansprüche bestreite, ist irreführend. Dies geht aus dem am 28. Januar in Bukarest überreichten deutschen Note deutlich hervor, worin sich Deutschland bereit erklärt, alle noch schwebenden Fragen bezüglich der rumänischen Ansprüche aus dem Versailles Vertrag einer unparteiischen und abschließenden Regelung auszuliefern. Die Reichsregierung hält es nach der Note für möglich, im Rahmen der durch den Damessplan und das Londoner Abkommen geschaffenen neuen Rechtslage zu einem für beide Teile annehmbaren Abkommen zu gelangen.

Die Antunft des Rotorischiffes „Budau“ in England

Sieg eines deutschen Erfinders

London, 18. Febr. Das Rotorischiff „Budau“ traf gestern abend 9 Uhr in Grangemouth ein. Das Interesse an dem Schiff ist groß. Tausende von Zuschauern hatten sich bei seiner Ankunft in Grangemouth eingefunden. Die Wälder wissenschaftlichen melbet, daß die „Budau“ bei ihrer ganzen Reise von Deutschland außerordentlich schlechtes Wetter hatte, daß aber die an Bord befindlichen Personen erkrankten. Diese erste Erprobung der neuen Erfindung stellt einen Erfolg dar, wenn man die ungünstigen Umstände berücksichtigt, mit denen das Schiff zu kämpfen gehabt habe. Am Montag sei die Budau nur infolge der gewesen, vier Anoten in der Stunde zurückzuliegen, obwohl sie abwechselnd Rotore und Dieselmotore benutzte. Ein Segelschiff würde unter den obwaltenden Umständen nicht infolge gewesen sein, im Fick of Forth einzuliegen. Das Schiff habe an Bord eine große Ladung Nugholz. Nach dem Böden der Ladung werde es in Grangemouth und Leith zur Beschäftigung freigegeben werden. Auch werde es dem Publikum zu Fahren im Fick of Forth zur Verfügung stehen. — Die Westminister Gazette bezeichnet die Leistung des Schiffes, das vier Tage und vier Stunden zur Überquerung der Nordsee gebraucht habe, als sehr befriedigend, denn die regelmäßig zwischen Grangemouth und den Elbäfen verkehrenden Schiffe brauchten drei bis vier Tage je nach der Geschwindigkeit des Schiffes und nach den Witterungsverhältnissen. Diese seien aber während der ganzen Fahrt der Budau durchaus ungünstig gewesen. Wenn man auch noch kein endgültiges Urteil über die Verwertung des Schiffes fällen könne, so habe doch die Reise die praktische Verwendbarkeit dieser Erfindung bewiesen. — Dem Sonderberichterstatter der

„Daily News“ zufolge erklärte ein Mitglied der Besatzung des Motorbootes, die Motore hätten ausgeglichen gearbeitet und sie seien nahezu auf der ganzen Fahrt in Tätigkeit gewesen. Das Schiff habe gerollt, aber keineswegs so stark wie ein Segelschiff. Die Probe wäre, wenn man keinen Wind gehabt hätte. Die Probe sei hart gewesen, aber nach seiner Ansicht habe das Schiff sich sehr gut gehalten.

(Jetzt in der geistigen Weltung richtig: Das Motorboot „Ludau“ ist in den Firth of Forth eingekracht, nicht aufgefahren.)

Die deutsche Tscheta vor dem Staatsgerichtshof

(Sechster Verhandlungstag)

Dr. Leipzig, 17. Febr. (Sig. Bericht)

Am 6. Verhandlungstage des Tscheta-Prozesses wird in der Vernehmung des Hauptangeklagten fortgesetzt, der sich eingehend über die Fälle Holz und Schlotter äußert. „Ich traf mich mit Diener in der Wohnung des Besizers und teilte diesem mit, daß ich von Wollenberg den Auftrag erhalten hätte, den württembergischen Innenminister Holz zu erledigen, da es auf ihn zurückzuführen sei, wenn in letzter Zeit so viel Vollstreckungsurteile gegen Kommunisten gefällt worden seien. Boege, König und Margies habe ich ebenfalls davon unterrichtet. Wir vier beschloßen, uns erst zu erkundigen, wo Holz wohne, um dann weitere Beobachtungen anzustellen. Boege sollte sich deshalb mit Holz telefonisch in Verbindung setzen und ihn als Berichtsersteller irgend einer Zeitung um eine mündliche Unterredung bitten. Boege kam dann auch in eine verbotene Geheimtätigkeit und erzählte uns, daß er mit der Frau des Holz gesprochen habe und diese ihm mitgeteilt habe, der Innenminister Holz wäre in Ulm und käme noch. Wir gingen aber nicht hin, da wir Holz ja nicht kannten. König sagte uns, wir könnten das Bild von Holz bei einem Photographen in Stuttgart ausgehängt sehen, wovon ich mich auch überzeugte. Darauf sagte ich den übrigen, daß ich die Angelegenheit Holz nunmehr einmischen einstellen wollte. Ein fester Plan zur Erledigung wie in den Fällen Seidt und Weigel, Rauch und Schlotter war noch nicht gefaßt.“ Neumann bespricht dann noch einmal den Fall Weigel, dessen Einzelheiten er schon am Montag erörtert hat. Margies soll den Vorschlag gemacht haben, den Weigel durch Zerschlagung zu töten und ihn mit einem Kastermesser die Kehle zu durchschneiden. Es kommt dann ein Schriftstück zur Verlesung, das bei Neumann gefunden worden ist. Es berichtet über die Tätigkeit der Gruppe und war an Schlotter gerichtet.

In der weiteren Vernehmung wird Neumann von Mebner aufgefordert, sich über den Fall Schlotter zu äußern! Neumann: Ich sagte König, Boege, Margies und Diener, nachdem wir ein paar Mal vergeblich auf Weigel gewartet haben, wir wollten nun ernstlich an die Erledigung des Schlotter herangehen. König sagte, Schlotter verlehrt ist in dem Lokal „Arche Noah“. Wir wollten ihn deshalb unmittelbar davor erledigen. In einem anderen Lokal in der Nähe der „Arche Noah“ wollten wir uns aufhalten und einen fremden Mann in das Lokal laden, der festhalten sollte, ob Schlotter dort war. Margies machte wieder den Vorschlag, Schlotter mit einem Zerschlagung zu erledigen und ihm die Kehle mit einem Kastermesser zu durchschneiden. Einem anderen Vorschlag Margies, an der Wohnungstür des Schlotter eine Bombe anzubringen, welche bei der Öffnung der Tür explodieren würde, lehnte wir ab. Es war jedoch jedem freigestellt, was Schlotter erledigen wollte. Schlotter hatte an dem fraglichen Abend das Lokal nicht betreten, jedoch der Plan nicht zur Ausführung kam.

Es kommt nun der Fall Jant zur Verhandlung. Neumann: Ich bekam vom Leiter der M-Aktion Jant einen Zettel, auf dem von einem Spitzel Jant die Rede war. Ich sagte ihm, ich könne in der Angelegenheit noch nichts unternehmen, da ich erst mit Gelmutz darüber sprechen müßte. — Es kommt dann ein Schriftstück zur Verlesung, das von der Nachrichtenabteilung an Neumann gerichtet war und bei ihm gefunden wurde. Das gibt wiederum Anlaß zu einer längeren Auseinandersetzung zwischen den Parteien. Neumann schildert sodann noch kurz seine Verhaftung. Er gibt an, mit Boege zusammen gewesen zu sein, als zwei Kriminalbeamte gekommen sind und Auguste verhaftet haben. Sie sind im Anschluß daran zur Wache geführt worden. Neumann: Da ich wichtige Dokumente und Aktensätze bei mir hatte, machte ich einen Fluchtversuch, der aber mißlang, da der Beamte mich erfaßte. Ich gab meinen Revolver aus der Tasche und rief dem Beamten zu: Hände hoch! Wästel gib mir der Be- amte aber auf die Hand, sodas der Revolver mir entfällt und es entspann sich nun ein Ringkampf, in welchem ich unterlag. So dann wurde ich von zwei Beamten nach der Wache geführt. Ich war angegriffen und habe mich auf der Wache übergeben. Die Verhandlung wird abgebrochen und auf Mittwoch vormittag 9 Uhr festgesetzt.

Deutscher Reichstag

Berlin, 18. Februar.

Am Regierungstisch Verkehrsminister Dr. Arndt. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2.30 Uhr und teilt mit, daß für den Abgeordneten Höfle der W. W. (Hr.) vom Wahlkreis 12 (Thüringen) in den Reichstag eingetreten ist.

Der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Gemeinden und Gemeindeverbände wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

In dritter Lesung angenommen wird der Gesetzentwurf über die Todeserbschaftssteuer. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes wird der 1. März d. J. bestimmt.

Es folgt die Beratung des Antrages Müller-Frankens (Soz.) auf Vorlegung des Entwurfs eines Schankstättengesetzes. Abg. Sellmann (Soz.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Der Ausschuß empfiehlt den Antrag zur Annahme.

Abg. Strauß (Wirtsch. Bg.) erklärt, seine Partei könne die Notwendigkeit eines Schankstättengesetzes absolut nicht anerkennen. Zwingende Gründe für eine weitere Verschärfung der Gesetzgebung für das Gastwirts-gewerbe sei nicht vorhanden. Die Bestimmungen des Entwurfs von 1923 seien nur eine veraltete Kommunalisierung des Gastwirts-gewerbes. Mit einem Gesetze gegen die Gastwirte werde man nie die Trunksucht bekämpfen. Der Entwurf sei nur eine Falle zur vollständigen Zerschlagung Deutschlands.

Inzwischen ist ein deutschnationaler Antrag Straßmann und Graf Westphal eingegangen, der für den Fall der Ablehnung des Schankstättengesetzes einen Gesetzentwurf zum Schuß und zur Verbesserung des Schankstättengesetzes unter Ablehnung der Zerschlagung Deutschlands vorschlägt.

Abg. Dr. Straßmann (D.N.) erklärt, der Antrag habe nur den Zweck endlich Ordnung in das Gastwirts-gewerbe zu bringen. Und die Angehörigen des Gastwirts-gewerbes hätten anerkannt, daß der Stand von ungelegenen Elementen gerettet werden müßte. Aber die guten Wirkungen des Kampfes gegen den Alkoholismus in Amerika könne kein Zweifel sein. Von den deut-

lichen Zeitungen werde allerdings darüber nichts gebracht. Eine große Wirtsfabrik habe eine Zeitung wegen eines solchen Artikels mit Auslieferung der Anstalt bedroht. Die vollkommene Zensurverteilung sei aber nicht das Ideal. Das ständige Ideal sei die Freiheit.

Abg. Widel (D.N.) unterstützt die Bestrebungen gegen den Alkoholismus und begrüßt es, daß endlich mit der Entschuldigungs von Straftaten durch Trunkenheit Schluss gemacht werde. Der Redner lehnt den sozialdemokratischen Antrag ab, da man nicht Heuchelei und Korruption fördern und ein berechtigtes Gewerbe nicht vernichten dürfe.

Abg. Schäfer (Komm.) erklärt, die kommunistische Partei führe den Kampf gegen den Alkoholismus in erster Linie als Kampf gegen den Kapitalismus. Die richtungslose Forderung der Alkoholinteressen lasse diese Richtung auf Kultur und Moral vergessen.

Abg. Rolte (Wirtsch. Bg.) betont, daß mäßiger Alkoholgenuß verjüngend wirke und Gegenstände ausgleiche. (Große Heiterkeit und Lache: Wo her damit in den Reichstag.)

Abg. Dr. Meises (Soz.) weist darauf hin, daß die ganze Frage von volkseigenheitsrechtlichen Standpunkt zu betrachten sei. Der sozialdemokratische Antrag wolle keine Zerschlagung Deutschlands, sondern nur den katastrophalen Wirkungen des Alkoholismus entgegenwirken.

Abg. Sparrer (Dem.) führt aus, daß die demokratische Fraktion in ihrer Mehrheit gegen ein Schankstättengesetz sei. Ein kulturell hochstehendes Volk wie das deutsche könne dem Alkohol nicht erliegen. Schickerei und Schurerei gebe es auch in den trocken gelegten Ländern. Gegen die Trunkenheit müsse mit Entziehungsmitteln vorgegangen werden.

Abg. Frau Weber (Hr.) bedauert, daß die Sache im Reichstag vom Interessentenstandpunkt behandelt werde, das Volkswohl sei jedoch. Ein Schankstättengesetz würde eine nationale Katastrophe sein.

Abg. Schirmer (Wahr. W.) erklärt, daß in Bayern das Bier Nahrungsmittel sei. Bayern werde sich das Bier niemals nehmen lassen. (Große Heiterkeit.)

Frau Schröder (Soz.) erinnert daran, wieviele Familien durch die Trunkenheit gerettet seien. Die deutschen Frauen hätten das meiste Interesse an dem Kampf gegen den Alkohol.

Abg. Frau Lüders trat namens der Kinderwelt ihrer Fraktion für die Befreiung des Alkoholismus ein. Wirtschaftliche Schäden könnten daraus nicht entstehen. Deutschland habe 41 Mal soviel Getreide für die Alkoholherstellung verwendet wie die Quäter an Lebensmitteln für die Herstellung.

Der Antrag des Ausschusses, der für die Annahme des sozialdemokratischen Antrages eintritt, wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 200 gegen 108 Stimmen bei 16 Stimmenthalten abgelehnt. Es folgt die Abstimmung des deutschnationalen Ezentwurfes. Der deutschnationaler Ezentwurf zum Schuß und zur Verbesserung des Schankstättengesetzes und einer Ablehnung der Zerschlagung Deutschlands vorschlägt, wurde mit 309 gegen 53 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen.

Bei der Beratung der Ezentwürfe mit Eizanen befragt Abg. v. Kamin (N.S.) die ablehnende Stellung seiner Parteifreunde. Die Vorlage wird angenommen.

Darauf wird die Haushaltsberatung beim Reichsverkehrsministerium fortgesetzt.

Abg. Wieland (Dem.) fordert die Förderung des Baues von Kleinbahnen und bedauert die unvollständigen hohen Gütertarife. Die Sechsen-Ausnahmetarife müßten weiter ausgedehnt werden. Sie sind eine Lebensfrage für die ländliche Ausfuhrindustrie. Der Luftverkehr sei ein neues wichtiges Problem für das Ministerium ein technisches Ministerium sei für Deutschland ein Staatsnotwendigkeit. 1. Für die Lösung der gegenwärtigen technischen Aufgaben im Wasserstraßen-, Kraftfahr- und Flugverkehr. 2. Zur Erhaltung besser technischer Kräfte.

Abg. Molath (Wirtsch. Bg.) erhebt Einspruch gegen die hohen Verkehrsgebühren. Die Reichsbahn dürfe kein Monopol erhalten. Sie sei nicht berechtigt, an Kraftfahrern Unternehmungen oder Expeditionen zu verhindern. Abg. Bauer (Wahr. W.) erhebt Einspruch gegen die Beeinträchtigung der bayerischen Rechte durch den Reichstag.

Abg. Freder (N.S.) bedauert, daß bei den Wasserstraßen die Hoheitsrechte der Länder nicht beachtet worden sind.

Abg. Gek (Soz.) weist auf die Gefahren hin, die den Binnenwasserstraßen infolge der Staffeltarife der Reichsbahn und der Sechsen-Ausnahmetarife drohen.

Abg. Gremes (D.N.) erklärt, es sei eine selbstverständliche Folge der Privatisierung der Reichsbahn, daß man ihren Generaldirektor vor den Reichstag zitiieren könne. Der Redner fordert die Modernisierung der Bahnhöfe.

Abg. Schulz (Dem.) weist die Vorwürfe gegen Generaldirektor Tejer als lächerlich und unbegründet zurück.

Abg. Schmidt-Stettin (D.N.) sagt, daß tatsächlich von der Reichsbahn zugelegt worden sei, daß die Personalordnung dem Reichstag vorgelegt wird.

Abg. Meyer-Hannover (N.S.) bittet, bei der Verlesung der Fahrpläne der Unterminister die Interessen vor wirtschaftlicher Schädigung zu bewahren.

Abg. Seibert (D.N.) bringt die Wünsche des Eisenbahnpersonals vor.

Abg. Kirchmann (Soz.) bemerkt den Dant des Vaterlandes für die Eisenbahner, die im Ruhrkampf mehr als ihre Pflicht getan hätten.

Abg. Schröder (N.S.) fordert gleichmäßige Behandlung der Beamten in allen Verwaltungen. Es müsse endgültig festgestellt werden, ob der Generaldirektor nicht gezwungen werden könne, vor dem Reichstag zu erscheinen.

Reichsverkehrsminister Arndt weist darauf hin, daß er seit Amt erit seit kurzer Zeit führe und daher nicht für alle hier vorgebrachten Fragen zuständig sei. Die Frage der Befristungs-schließungen werde nachgeprüft. Die ersten Unterlagen seien bereits von der Reichsbahn geliefert. Die Reichsbahn habe nicht die Absicht, ein Expeditivmonopol zu schaffen. Der Minister erkläre an, daß eine Gefährdung der Interessen bei einer Vertiefung der Verhältnisse. Wegen der Tarifmängel der Eisenbahner werden Verhandlungen mit der Reichsbahn-gesellschaft geführt. Alle wesentlichen Abmachungen werden bis zur 2. Lesung zurückgelegt. Die Einzelberatung werde später stattfinden.

Das Haus verlagte sich sodann auf Donnerstag vormittag 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen: Interpellation über das Vermindernde Grundbesitz und Anträge auf Einstellung des Straßverkehrs gegen kommunistische Abgeordnete. Schluß 11 1/2 Uhr.

Der Reichstagsausschuß für Wohnungsfragen begann heute die Beratung der auf die Förderung des Wohnungsbaues bezüglichen Fragen. Die überwiegende Auffassung ging dahin, den Ertrag der Haussteuer in weitgehendem Umfang zur Förderung des Wohnungsbaues heranzuziehen. Abg. Dr. Ails (Dem.) brachte einen Antrag ein, 1. den Gesamtertrag der Haussteuer zur Förderung des Wohnungsbaues zu verwenden, 2. das Reich zu beauftragen, bei dem bevorzogenen Finanzansatz den Ländern und Gemeinden Erlaß zu schaffen für den Teil der Haussteuer, der zurzeit für den allgemeinen Finanzbedarf zur Verfügung

steht. Die Abstimmung über diesen Antrag wurde zunächst ausgesetzt.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags vertrat heute Abg. Schöpslin (Soz.), daß bei politischen Entgleisungen von Offizieren scharf ausgetrieben werde. Reichswehrminister Dr. Gekler erklärte, daß er in solchen Fällen stets energisch auf-trete; aber er müsse sich an die gesetzlichen Bestimmungen halten.

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags sprach Reichs-aussenminister Dr. Stresemann über die deutsch-rumänische Streitfrage. An der Aussprache nahmen die Abg. Hörsch (D.N.), Müller-Frankens (Soz.), Dr. Wirth (Hr.), von Freitag-Loringhoven (D.N.), Dr. L. Haas (Dem.), Dr. Bredt (Wirtsch. Bg.) das Wort. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß der Ausschuß einmütig den Stand-punkt der Reichsregierung billigt.

Der Ausschuß für soziale Angelegenheiten beschloß heute mit Anträgen zur Angelegenheitsverfahren. Ange-nommen wurde ein Antrag Gering (Hr.), der für die höheren Klassen, die nach der gegenwärtigen Regelung weniger er-halten als ihnen an sich zustände, einen Aufwertungsausschuß vorschlägt, der für die Klasse F 1. M, G 2. M, H 3. M und J 4. M beträgt, und zwar für jeden in diesen Klassen gesetzten Monatsbeitrag. Außerdem wurde eine Entschädigung ange-nommen, die von der Regierung einen Gesetzentwurf verlangt, nach dem die Grundrente von 360 auf 480 M, die Steigerungs-sätze von 10 auf 15 Prozent und die Kinderzuschläge von 36 auf 90 M erhöht werden sollen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen An-trag zwecks Kinderkulturanstalt an das Reich gestellt. Der Ausschuß für soziale Angelegenheiten einverstanden mit der Vorlage, die an die Reichsregierung geschickt und zumal ausgearbeiteten Be-träge zwecks Kinderkulturanstalt an das Reich gestellt. Der Antrag soll am Freitag zur Debatte gestellt werden.

Aus der Partei

r. Gengenbach. Der von unserer Partei auf Samstag abend abgetraute Bildungsabend war recht gut besucht. Prof. Dietrich-Karlruhe behandelte in ausgezeichneter Weise das Thema: „Kann ein Christ Sozialist und ein Sozialist noch Christ sein?“ Gen. Dietrich zeigte, wie sozialistische Führer, Weit-ling, Marx, Bebel u. a. zur christlichen Lehre standen und Lam am Schluß seines Vortrages zu dem Ergebnis, daß sehr wohl der Christ Sozialist und der Sozialist Christ sein kann. In der Diskussion machte unser alter Genosse Velli noch einige inte-ressante Ausführungen, die sich auch im Sinne des Referats bewegten. Von Anfang bis zum Schluß der Versammlung herrschte gespannte Aufmerksamkeit.

Soziales

Wege zur körperlichen und geistigen Wiedergewinnung unserer Jugend

Am 23. bis 25. Februar findet in Karlsruhe die 2. ba-dische Tagung für alkoholfreie Jugendverziehung statt. Ent-sprechend den seit 1922 erfreulicherweise gemachten Fortschritten auf allen Gebieten der körperlichen Erziehung und hygieni-schen Aufzucht der Jugend ist diesmal gegenüber der 1. Ta-gung 1922 der Rahmen weiter gebohrt. Außer Lehrern, Geis-tlichen und Jugendleitern sind auch die Schul- und Sportärzte, die Jugendrichter und die Sports- und Turnlehrer der Jugend-abteilungen geladen. In allen Kreisen, denen irgendeine Jugend-angelegenheit anvertraut ist, sollte es allmählich klar geworden sein, daß wir uns als deutsches Volk politisch wirtschaftlich und kul-turell mit einem Nachwuchs von nur durchschnittlichen oder gar unternormalen körperlichen und geistigen Leistungen nicht durch-setzen werden. Unsere ganze Zukunft, die innere wie die äußere Freiheit liegt in einer Jugend mit höchstwertigen Leistungen. Nun ist aber unser Nachwuchs immer noch gezeichnet durch die hinter uns liegenden Not- und Hungerjahre. Darum muß die Jugend — und ihre Eltern und Erzieher — heute etwas wissen von rechter Ernährung und Pflege des Körpers. Sie braucht Männer, die ihr ein Leben in Gesundheit, Schönheit und Kraft erleben. Und sie muß heute vor allem auch etwas davon wissen, welche Gefahren ihr für Körper und Geist von all den modernen Zivilisationsgiften drohen, deren verheerendes der Alkohol ist.

So behandelt die Tagung auf solider wissenschaftlicher Grundlage der Reihe nach die physiologischen, sozial- und indi-vidualethischen und sportlichen Gründe für alkoholfreie Jugend-erziehung am Montag und Dienstag. Am dritten Tag soll dann deutlich werden, wie in der Jugend durch ihre neue Gesellschafts-form jene Gefahren von selbst überwunden sind. Es geht jetzt um die Erhaltung und Pflege der Reife der deutschen Volks-kraft. Wir wollen hoffen, daß durch diese Tagung recht viele zur Verantwortlichkeit gegenüber der Volksgesundheit wachge-rüttelt werden.

Genossenschaftsbewegung

Was die Frau erspart, ist so gut wie das, was der Mann erwirbt

Dieses alte und doch immer neue Sprichwort gibt zu denken. Wenn es wahr ist, und es ist wahr, so steht unabweisbar fest, daß ein sehr großer Teil der Hausfrauen seine besondere Auf-gabe als Mithelferin und Mitarbeiterin des Mannes nicht rich-tig auffaßt. Denn wenn in jenem Sprichwort auf das Sparen hingewiesen wird, so soll damit bestimmt nicht dem Zusammen-scharen von Geld auf Kosten der gesamten Familie das Wort geredet werden. Das tritt in einem anderen Satz sehr deutlich in Erscheinung. Dort heißt es: Des Mannes Sache ist es, zu verdienen, Sache der Frau, richtig auszugeben. Auf das Nichtausgeben kommt es also an. Da häßert es aber gewaltig. Es ist heute nicht mehr so wie in den Inflationsjahren. Damals mußte jede Frau laufen und noch länger stehen, um überhaupt die notwendigen Lebensmittel zu bekommen. Besonders höf-lich wurden die Hausfrauen damals nirgends behandelt. Aber, wie immer, das Volk vergißt recht rasch, so auch in diesem Falle. Ein Teil der Frauen unterliegt den Lockungen der riesenhaften Reklame, der andere Teil aber hat sich schon lange wieder das zweite Sprichwort, das Nichtausgeben, zur Richtschnur genommen und bedt seinen gesamten Bedarf in der Genossen-schaft. Die Konsumvereine haben in vielen Frauenvereinen-fahrungen durch die an diesen Vereinen veranstalteten Warenan-stellungen immer wieder den Beweis geliefert, daß die Genossen-schaften die vorzüglichsten Bezugsstellen sind. Es kann auch gar nicht anders sein. Der Händler muß und will verdienen. Nicht um seiner Mitmenschen, sondern um seiner eigenen Existenz willen bereitet er sein Gewerbe. Die Genossenschaft ist aber das gemeinsame Unternehmen vieler, erzieht, um zunächst die Mit-glieder mit guten und preiswerten Waren zu versorgen und dabei Erträge zu machen.

Gewerkschaftliches Die Personalordnung der deutschen Reichsbahngesellschaft

Dazu wird uns von gewerkschaftlicher Seite geschrieben: Der Deutsche Eisenbahnerverband und die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Angestellter sind dazu übergegangen, sich zu vereinen. Dieser Schritt ist im Interesse des gesamten deutschen Eisenbahnpersonals, insbesondere für die Beamten, zu begrüßen. Die Eisenbahner in Österreich haben den Beweis erbracht, daß nur durch eine Einheitsorganisation Erfolge zu erzielen sind. In Österreich stehen vom leitenden Direktor oder Ingenieur bis zum letzten Arbeiter alle Eisenbahner, mit wenig Ausnahmen, in einer Organisation. Warum soll im Deutschen Reich dies nicht möglich sein? Statt nun die vorhandene, längst bewährte, auf der modernen Arbeitnehmerschaft stehende Eisenbahngewerkschaft zu stärken und auszubauen, verfallen die Führer der sogenannten neutralen Beamtengewerkschaft auf die verwerfliche Idee, von sich aus die Einheitsfront anzustreben durch Bildung von zwei scharf getrennten Organisationen der Arbeiter und Beamten. Es wird immer wieder von der politischen Weltanschauung operiert. Wir behaupten, gerade weil die freien Gewerkschaften, Arbeiter, Angestellte, wie Beamte aller politischen Richtungen enthalten, ist jede politische Tätigkeit völlig ausgeschlossen. Zu föhigen dürfte es bekannt sein, daß die freien Gewerkschaften verpflichtet sind, politisch neutral zu arbeiten.

Bei der Bestimmungen der Personalordnung einer einzelnen Behörde unterliegt, muß zu der Überzeugung kommen, daß es nicht nur höchste Zeit war, daß die R.G. und der D.G.B. den Anfang zur Bildung einer großen Einheitsorganisation machten, sondern schon etwas spät. In letzter Zeit konnten schon einige Beamte den in der Personalordnung dauernd verankerten Abbau merken. Ohne an etwas Schlimmes zu denken, ging so mancher in den Dienst und bekam plötzlich eröffnet, daß er auf Grund des § 20 der Personalordnung in den einseitigen Ruhestand versetzt sei. Die Gesellschaft steht auf dem Standpunkt, den Beamten jederzeit in den einseitigen Ruhestand versetzen zu können, um das Ziel möglichst hoher Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Dabei ist noch nicht gesagt, daß der Beamte Wartegeld erhalten muß. Viele Beamte sind der Meinung, wenn sie unter der Gesellschaft unwiderruflich angestellt werden, hätten sie Anspruch auf Wartegeld. Dem ist nicht so. Der Anspruch auf Wartegeld setzt voraus, daß der Beamte auch einen Anspruch hat. Diesen hat nur der Beamte, der vor dem 11. 10. 24 unwiderruflich angestellt war.

Der Reichsbeamte ist wie der Angestellte und Arbeiter Beamteter der Gesellschaft. Er kann zu Arbeitsdiensten herangezogen werden, wenn dies für erforderlich gehalten wird.

Bisher war das Bestreben der Organisationen, möglichst viel Beamtenstellen genehmigt zu sehen, um den Anwärter zur Anstellung und die Beamten in den Eingangsstellen in Beförderungsstellen zu bringen. Wenn auch vorläufig noch Anstellungen und Beförderungen stattfinden, so wird, weil der Zweck der Gesellschaft, Erzielung von Lebensmitteln, künftig das Bestreben der Gesellschaft sein, sich vom Organismus frei zu machen und freizuhalten. (Es ist bereits eine Verfügung da, daß von Gruppe 1-5 nur jede 2. Stelle besetzt werden darf.) Um Lebensmittelpunkte zu erzielen, wird das Unternehmen nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeiten. Der Gesellschaft steht es völlig frei, ob sie künftig überhaupt Beamte einstellen will; es ist keine Tätigkeit an die Ausübung durch Beamte gebunden. Für den Generaldirektor ist sogar ein Vertragsverhältnis vorgesehen. (Man spricht von einem Gehalt von unter 100 000 M.) Die Gesellschaft wird die Arbeitszeit und sonstige dauernde Bindung des Arbeitnehmers nach Möglichkeit gegenüber den übernommenen Nebenstellen abzuschwächen versuchen und gegenüber den künftigen sogar vermeiden.

Dies sind nur einige wenige Verschlechterungen, welche die Personalordnung bringt und demnach ist heute eine große Anzahl von Beamten nicht organisiert. (Abbauangst, Zulagen, Prämien schwächen vor.) Möchten die Eisenbahner, insbesondere die Beamten, sich zu der Einsicht durchringen, daß es ein großer Fehler ist, 8 Großorganisationen innerhalb eines Betriebes dem Arbeitgeber gegenüberzustellen. Unorganisiert darf überhaupt kein Beamter mehr sein, weil bei einer eventuellen Zurücksetzung, wenn der betreffende Beamte gegen die Zurücksetzung Einspruch erhebt, der Gewerkschaftsvertreter zu den Verhandlungen anwesend ist, während z. B. ein Rechtsanwalt als Prozessvollmächtigter nicht. Der Gewerkschaftsvertreter muß als Vorbedingung für seine Zulassung nachweisen, daß der Beschwerdeführer Mitglied seiner Organisation ist.

Darum heißt es für alle Eisenbahner, sich der größten Eisenbahnerorganisation, dem Deutschen Eisenbahner-Verband, anzuschließen, um sich dadurch maßgebenden Einfluß auf die Befolgung und Rechtsverhältnisse zu sichern. Durch Zusammenwirken und Herbeiführung der gewerkschaftlichen Einheitsfront dienen wir nicht uns selbst, sondern der Befolgung und das bedeutet das Ende aller Ergränzungen und kein weiterer Fortschritt für alle Eisenbahner. Aus diesem Grunde:

Eintritt in die Organisation, den D.G.B.!

Aus der Zigarrenindustrie

Dem Antrage der Organisationsleiter der Arbeiterschaft den am 20. 12. 1924 gefällten Schiedspruch rechtsverbindlich zu erklären, hat endlich der Reichsarbeitsminister entsprochen, mit dem Maßgabe, daß die 10prozentige Lohnerhöhung für alle Arbeiter ab 2. Februar in Kraft tritt.

Aus diesem Vorgang werden die unorganisierten Zigarrenarbeiter erneut ersehen müssen, daß die gewerkschaftliche Organisation doch einen Zweck hat. Oder glauben jene, sie hätten es besser machen können? Es ist jetzt Aufgabe der Betriebsräte und Belegschaften, dafür zu sorgen, daß diese Lohnerhöhung von 10 Prozent ab 2. Februar baldmöglichst nachbezahlt wird. Wo Schwierigkeiten sich entwickeln, ist sofort der Organisationsleitung Mitteilung zu machen. Es ist unerlässliche Pflicht aller Zigarrenarbeiter, jetzt erst recht, trotz aller Drohungen die Organisation nach innen und außen zu stärken, denn mit dem Schiedspruch sind wir noch lange nicht über dem Berg. Es handelt sich jetzt um die Durchführung unserer Forderungen, in dem neu geschaffenen Reichs- und Bezugsrat. In diesem Werk mitzuarbeiten, ist Pflicht aller Zigarrenarbeiter. Seien wir alle opferbereite mutige Kämpfer, dann werden wir unser Ziel, eine menschenwürdige Zukunft, bald erlangt haben.

Es geht vorwärts in den freien Gewerkschaften

Sieg der Amsterdamer Richtung

Am Sonntag, 10. Febr., fanden in der Verwaltungsstelle Mannheim des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Bestandsversammlungen statt. Der Besuch war ein zufriedenstellender. Mit wenigen Ausnahmen war die Debatte über den Geschäftsjahresbericht, der Tätigkeit der Ortsverwaltung und Geschäftsleitung eine äußerst sachliche und nach sehr wohlwollend von den früheren Auseinandersetzungen ab. Die Arbeitsleistung der Organisation wurde anerkannt. Andererseits jedoch das rücksichtslos brutale Vorgehen der Unternehmern gebrandmarkt. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, im neuen Ge-

Das Ende des amerikanischen Kinderspeisungswerks

Vor fünf Jahren, im Februar 1920, wurde das amerikanische Kinderspeisungswerk in Deutschland begonnen. Es hat innerhalb dieser fünf Jahre viele Wandlungen durchgemacht — in Amerika und in Deutschland —, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, immer aber war es der Geist lebendiger Menschlichkeit und tatkräftiger Hilfsbereitschaft, der die Durchführung der Speisung ermöglichte, auch wenn das Aufbringen neuer Geldmittel drüber immer schwieriger wurde und manchmal unmöglich schien. Deutschland — Reich, Land und Gemeinden — haben immer einen Teil, zu Zeiten fast die Hälfte, zu den Speisungen beigetragen. Viel liebevolle Kleinarbeit, die der Öffentlichkeit meist verborgen blieb, verhalf in großen und besonders in kleinen Gemeinden den Speisungen zu ihrem überall anerkannten Erfolg.

Jüngere und Schulfürherinnen haben immer wieder betont, wie notwendig diese warme Hilfsbereitschaft in der Schulpause den leider immer noch unterernährten und deshalb speisungsbedürftigen Kindern sei. Die meisten Menschen, die nicht aus Verunsicherung oder sonst aus besonderer Einstellung die Kinder darauf hin ansahen, gehen ja in allgemeinen ganz kampflos an den Kindern vorbei, — viele finden, daß es gar nicht mehr so schlimm sei; sie wissen aber nicht, daß die kleinen, oft auch recht hübschen Kinder durchschnittlich ein bis zwei Jahre älter sind, als sie aussehen. Dieses mangelnde Wachstum und das Unterernährt wird, wenn überhaupt, nicht so schnell nachgeholt werden können, und um diese geschwächten Kinder wieder-

standsfähig zu machen gegen Krankheiten aller Art — besonders aber gegen die gefährliche Tuberkulose — wird es nötig sein, die Kinderspeisungen noch längere Zeit fortzuführen.

Aus den schulärztlichen Berichten, die regelmäßig jedes Jahr vom Unterrichtsministerium angefordert werden, ebenso wie aus den ärztlichen Berichten, die dem Badischen Landesgesundheitsrat für Kinderspeisung vorliegen, ist zu entnehmen, daß zwischen 25 und 35 Proz. der Gesamtschulkinderspeisung in schlechtem Ernährungszustand und speisungsbedürftig sind. Der Badische Landesgesundheitsrat für Kinderspeisung hat nie diesen großen Prozentsatz von Kindern speisen können; es wurden — mit wenigen Ausnahmefällen, wo besonders schwierige Verhältnisse vorlagen, — 10-15 Proz. der Schul Kinder gespeist. Diese Zahl hat sich, durch geringere Nachfrage in den höheren Schulen in diesem Winter zum Nutzen der Volksschule verhöhen; die Speisung wird aber fast in allen höheren Schulen weiter durchgeführt.

Aus der untenstehenden Tabelle ist zu ersehen, wie stark die Speisungen im Laufe der Jahre gesunken haben, zum Teil durch die Schulferien bedingt, zum Teil aber aufgrund der unregelmäßig eingehenden Hilfsmittel. In der Tabelle sind keine Zahlen für die Zeit vor 1923 genannt; es wurde während dieser Zeit nur in den größeren Städten Baden gespeist. Die Bezirke der amerikanischen Kinderspeisung waren aber nicht nach Ländern eingeteilt, sondern umschlossen größere geographische Bezirke, jedoch getrennte Zahlen für Baden für diese Zeit nicht vorliegen.

Zahl der gespeisten Kinder:

in Baden		in Reich		in Baden		in Reich	
Jahr	Zahl	Jahr	Zahl	Jahr	Zahl	Jahr	Zahl
1922	11 000	1922	450 000	1923	370 000	1923	480 000
Januar	12 000	Januar	490 000	Januar	350 000	Januar	770 000
Februar	13 000	Februar	630 000	Februar	300 000	Februar	930 000
März	6 800	März	150 000	März	200 000	März	800 000
April	14 000	April	400 000	April	140 000	April	750 000
Mai	15 000	Mai	300 000	Mai	670 000	Mai	1 100 000
Juni	10 000	Juni	380 000	Juni	450 000	Juni	880 000
Juli	9 000	Juli	280 000	Juli	440 000	Juli	830 000
August	7 500	August	380 000	August	580 000	August	610 000
September	3 500	September	120 000	September	250 000	September	330 000
Oktober	0 800	Oktober	220 000	Oktober	350 000	Oktober	540 000
November	10 000	November	300 000	November	580 000	November	600 000
Dezember		Dezember		Dezember		Dezember	

Aber nicht nur die Schulspeisungen allein, sondern auch die Erholungsfürsorge, die durch die Belieferung mit amerikanischen Lebensmitteln eine wesentliche Förderung erfahren hat, muß erhalten bleiben, und zwar die Versorgung in Heime sowohl wie die örtliche Erholungsfürsorge, die sich in den letzten drei Jahren in ungefähr 40 Städten und Gemeinden Boden sehr gut bewährt hat. Es kann gar nicht oft genug gesagt werden: „Mehr Sonne den Kindern!“ Sonne vor, auch, da die zum Leben so notwendigen vollen Blutkreislauf anregt und verdreht und den kindlichen Organismus anregt und kräftigt. Aber auch mehr Sonne von innen, mehr Freude und Frohsinn den Tausenden von Kindern, die viel zu früh alles Schwere und Hässliche miterleben müssen und müssen.

Die örtliche Erholungsfürsorge steht in ihrer Entwicklung noch am Anfang, es sind jedoch Möglichkeiten damit verbunden, daß nach viel längere Arbeit zu leisten ist. Es sollte in Zukunft keinen Ort geben, der nicht wenigstens einen von einer geschulten Persönlichkeit überwachten Spielplatz besitzt; mindestens während der großen Ferien. Lust- und Sonnenbäder, Wald- und Seebäder, Solbäder und Bäder, Ferienwohnungen mit erfahrenen Führern oder Lehrern; das alles ist in dem Begriff „örtliche Erholungsfürsorge“ eingeschlossen. Und all das ist nicht nur Gesundheitsfürsorge, es ist Erziehungsfürsorge.

junge wichtiger Art; schon die alten Griechen haben das Spiel als wichtigsten Erziehungsfaktor erkannt und gepflegt.

Mit dem 1. April 1925 hört nun die seit fünf Jahren ununterbrochen gewährte amerikanische Hilfeleistung auf. Der höchste Dank für die amerikanische Hilfeleistung war der würdevollste zugleich, wäre die Weiterführung der Kinderspeisung im gleichen Geiste solange dies nach Ansicht der maßgebenden Ärzte und Fürsorgenden notwendig ist.

Land und Gemeinden müssen gemeinschaftlich die dafür notwendigen Mittel anfordern im Vergleich zu dem allgemeinen Hilfsorganismus ist der Aufwand für die Kinderspeisung lächerlich klein, besonders wenn man für Verpflegung und Verteilungskosten die Eltern durch einen kleinen lässigen Beitrag mit beteiligt, wie es bisher auch schon fast überall geschehen ist.

Die Gemeinden werden in diesen Tagen anlässlich der Erörterung der Erholungsfragen treffen müssen, ob die Speisungen nach dem 1. April weitergeführt werden sollen, oder ob sie eingestellt werden, weil durch den Verlust der Zuschüsse von Amerika die Gemeinden sich in etwas größerem Umfang beteiligen müßten. Im Interesse der Kinder müßten sich alle Eltern die höchste Entscheidung kühnern.

Protest der Eisenbahner in Hellingen

Die Belegschaft der Eisenbahnbetriebswerkstätte in Hellingen nahm in einer Mitgliederversammlung gegen die geplanten neuen Entlassungen Stellung und verlangt in einer Entschiedenheit, daß die Direktion Klarläute von den angeordneten Massententlassungen von Arbeitern der Eisenbahnbetriebswerkstätte und Bahnbetriebswerkstätte Abstand nehme. Weiter wurde eine Verminderung der Verwaltungsstellen und eine Hebung der Produktion durch Erhaltung der produktiven Arbeitskräfte und ausgiebige Löhne gefordert.

Gerichtszeitung
Schwurgericht Karlsruhe

Das Schwurgericht trat Mittwoch vormittag zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Ein wichtiger Fall, der bereits im letzten Jahre das Schwurgericht beschäftigt, kam aufs neue zur Beurteilung, nachdem das Reichsgericht, bei dem die Angeklagten Revision eingeklagt hatten, durch seinen Beschluß vom 28. Dezember 1924 das erste Urteil aufgehoben hatte. Die Anklage richtete sich gegen den Tagelöhner Albert Hed aus Würmersheim wegen

Begünstigung und Körperverletzung mit nachfolgendem Tode.

Am 5. Juli 1919 wurde der Sohn des Jagdbüblers Jung auf einem Feld der Gemarlung A u. a. Rb. erschossen aufgefunden. In der Schwurgerichtssitzung vom 17. Oktober 1924 kam zur Sprache, daß als Täter Josef Stürmlinger und Albert Hed in Frage kamen. St. wurde damals zu einer Gefängnisstrafe von 6 Jahren verurteilt, während H. mit einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr belegt wurde. Das Urteil des Reichsgerichts bestätigte das gegen St. ausgesprochene Urteil des Schwurgerichts vom 17. Oktober 1924, während das Urteil gegen H. aufgehoben wurde.

Unter Vorbehalt von Landgerichtsdirektor Bender wurde der ganze Sachverhalt nochmals aufgearbeitet. Der einsame Augenzeuge ist der 23 Jahre alte Metzler Bauer, der an dem Unglücksfall bei der Tat zugegen war. Ein achteinjähriges Kind lag über diesen Vorgängen; Bauer entließ sich erst nach 5 Jahren, von seinem Gewissen getrieben, die Namen dieser beiden Täter dem Gericht zu nennen. Das Gericht konnte sich also in der Hauptsache nur auf die Indizienbeweise des Zeugen Bauer stützen, die nach dieser langen Frist von fünf Jahren auf ihre Richtigkeit hin nicht geprüft werden konnten. Auch in der diesmaligen Verhandlung ergab die

Vernehmung dieses Zeugen im allgemeinen dasselbe Bild. Das der Stürmlinger der Haupttäter war und den Karl Jung erschossen hat, steht außer Frage. Schwieriger ist die Beantwortung der Frage nach dem Umfang der Schuld des Angeklagten Albert Hed an der Tötung des Karl Jung. Hed beteuert, zu der fraglichen Stunde am Tatort gewesen zu sein, obwohl Bauer ihn genau erkannt haben will. Der Angeklagte Hed bezeichnet Bauer, der eidlich als Zeuge genommen wurde, als Lügner. Ein weiterer Zeuge, der den Angeklagten im Gefängnis kennen lernte, machte einige bescheidene Aussagen, die aber die Aufrechterhaltung der Mittäterschaft des Hed nicht aufrechterhalten können. Die Anklage der Staatsanwaltschaft stellte sich wieder auf den Standpunkt, daß H. bestimmt an dem Verfall beteiligt gewesen sei und beantragte Höchststrafe von 1 Jahr Gefängnis. Die Verteidigung machte Zweifel an der Richtigkeit der Aussagen des Zeugen Hed geltend und wies auf die großen Fehler der Untersuchungsbehörde hin, der es nicht gelungen sei, das Dunkel vollständig zu lichten. Es hat um Freisprechung seines Klienten oder im Falle einer Verurteilung um Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft.

Nach fast einjähriger Beratung wurde das Urteil gefällt: Der Angeklagte Albert Hed wurde freigesprochen; die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. In der Begründung wurde hervorgehoben, daß wohl Verdachtsgründe gegen die Mittäterschaft des H. bestanden, diese aber nicht zur Beantwortung der Schuldfrage ausreichten. — Mit diesem Fall fand die zweite Schwurgerichtsperiode ihren Abschluß.

Jugend und Sport
Athletik

Am Sonntag beteiligte sich die Karlsruher Athleten-Gesellschaft an dem Sportfest der freien Turnerschaft Unterzöschingen. Mit unternehmender Energie und Technik setzte ein Schwingkampf der Karlsruher Athleten-Gesellschaft ein, dem anschließend ein Freundschaftskampf folgte. Die Kämpfe waren äußerst spannend, jedoch die Zuschauer voll befriedigt waren. Der Kampf endete mit 8:16 für Karlsruhe. Anschließend folgten die beiden Athleten Mann und Kunz von der A.G. deren Leistungen reichend Beifall fanden. Als letzte Nummer der A.G. folgte der Kunstturner Mann, welcher dem Publikum mal wieder was Neues auf die Bühne brachte, und wegen anhaltenden Beifalls eine Wiederholung bringen mußte. Mit einem anschließenden Ball bet eines der schönsten Feste in der Arbeiterportbewegung sein Ende gefunden. W. B.

Wir erfinden alle Berichterstatter dringend, immer deutlich zu schreiben und kein Zeilenfecht zu verwenden. Des weiteren machen wir darauf aufmerksam, daß Berichte, die nicht bis längstens Dienstag früh in unseren Händen sind, erst in der Sportbeilage der anderen Woche erscheinen. Die Sportbeilage wurde geschaffen, um die Berichte über sportliche Veranstaltungen vom Sonntag am darauffolgenden Dienstag aufzunehmen und wir können deshalb nicht nach an anderen Tagen Sportberichte bringen. Bei dieser Gelegenheit erfinden wir nochmals, die Berichte schon Montags einzuliefern, damit sie bestimmt erscheinen können. Die Red.

Unterhaltung und Belehrung

Kaspar Hauser

Nach gedruckten und schriftlichen Quellen dargestellt
Von Georg Gärtner

(Fortsetzung)

Zum Zwecke der Beobachtung wurde er auch täglich von einem Polizeisoldaten in der Stadt herumgeführt. In der ersten Zeit hatte dies ziemliche Schwierigkeiten. Hauser ging mit kleinen unbeholfenen Schritten und machte, nach einem Spaziergang von einer Viertelstunde war er schon ungenehm erübelt. Seine traffe Unkenntnis der allermeisten Dinge des gewöhnlichen Lebens offenbarte sich dabei überall. Einen Unterschied zwischen Organischem und Unorganischem, zwischen dem Lebenden und dem Toten kannte er nicht, ebensowenig den Unterschied zwischen freiwilliger und von außen mitgeteilter Bewegung. So hielt er, wie Anselm v. Feuerbach berichtet, vieles was Menschen- oder Tiergestalt hatte, machte es aus Stein gehauen, aus Holz geschnitten oder gemalt, die er an sich selbst oder an befehlten Weisen wahrnahm. Wenn er an den Häusern die gemalten oder in Stein gehauenen Pferde usw. sah, wunderte er sich, daß sie immer an einer Stelle blieben und nicht davon liefen. Als er zum erstenmal das große Erzkruzifix, an der Westseite der Sebalduskirche sah, erregte ihm dieser Anblick Entsetzen und Schauer; er sah sichtlich, man möchte den gequälten Menschen da droben herunternehmen, und er wollte sich lange nicht zufrieden geben, als man ihm begreiflich zu machen suchte, daß es kein Mensch, sondern ein Bild sei und nichts empfinde. Der Saum befandete ihm Leben, wenn er seine Zweige bewegte, und sprach, wenn der Wind durch die Blätter rauschte. Ueber einen Knaben, der mit einem Sieden an den Stamm eines Baumes schlug, wurde er unwillig, weil er dem Baum so weh tat. Den Tieren legte er menschliche Eigenschaften wie den Menschen bei, und er sah sie nur durch ihre Gestalt zu unterscheiden. Ohnehin, die auf dem Straßenspalt lagerten, erregten ihm Verwunderung, weil sie nicht nach Hause gingen und sich dort niederlegten. Ganz zuwider war es ihm, daß die Pferde, Rinder usw. die Straße verunreinigten und nicht wie er, auf den Abtritt gingen. Erst nach und nach und mit vieler Mühe konnten ihm die richtigen Begriffe von allen diesen Dingen beigebracht werden.

3. Kaspar Hauers Erzählungen

So vergingen Wochen, ohne daß man der Enthüllung des Geheimnisses um einen Schritt näher kam. Es wurden dabei auch von allem Anfang an ganz falsche Bahnen eingeschlagen. Feuerbach findet es mit vollem Recht sehr behauernd, daß es in der ganzen Stadt keinen einzigen Menschen gab, der so viel wissenschaftliches Interesse aufbrachte, um diesen Menschen zum Gegenstand psychologischer Untersuchungen zu machen, die manches wissenschaftlich nicht unwichtige Ergebnis gehabt hätten. Dafür diente Hauser vorwiegend als Schaubild, an dem die Neugier und Sensationslust der großen Öffentlichkeit ihre Befriedigung suchte. „Hauser wurde in den ersten Monaten seines Aufenthalts zu Nürnberg fast wie ein fremdes Tier vom Morgen bis in die Nacht den Neugierigen zur Schau gestellt, in Privathäusern, Gasthöfen und Schulen umhergeführt, wo er dem Körper wie an der Seele des Unglücklichen herumexperimentiert wurde.“ Hauser zeigte große geistige Anlagen und entwickelte trotz seines zurückgebliebenen geistigen Zustandes außerordentliche Fähigkeiten und Talente. Dabei bekundete er eine ungeheure Vernunft- und Willkür. Auffallend war sein Talent zum Zeichnen und zu mechanischen Arbeiten. Am allerhervorstechendsten aber war sein an das Wunderbare grenzende, schnell fassendes Gedächtnis, von dem er die verblüffendsten Proben lieferte. Von Religion war nicht ein Funken in ihm zu finden, obwohl mehrere Geisteskräfte sich Mühe gaben, es in ihm aufzuspüren und neu zu entfachen. „Er hatte davon keinen klareren Begriff als ein Tier.“ Tod und Sterben waren ihm nach völlig unbekanntem Begriff. Hinsichtlich seiner Charakteranlagen stellte ihm sein Vormund, Herr von Tucher, das Zeugnis aus, daß er große Gutmütigkeit, ein natürliches, unbefangenes, weiches Gemüt besaß und vor allem ein hohes moralisches Gefühl.

Man kam zur Einsicht, daß „die alltäglichen Amtsgängen für diesen weniger als alltäglichen Fall nicht ausreichten und daß, um einigermaßen hinter das Geheimnis zu kommen, mit förmlichen Vernehmungen, Verhören und dergleichen amtlichen Prozeduren wenigstens vorderhand nicht auszukommen war. Bürgermeister Binder wählte daher einstweilen den Weg des freieren außeramtlichen Wirkens. Er ließ Kaspar Hauser fast täglich in seine Wohnung kommen, machte ihn bei sich und seiner Familie gleichsam heimisch, sprach mit ihm und ließ ihn sprechen, so gut oder übel dies gehen mochte, und bemühte sich durch vielfältiges Hin- und Herfragen Auskunft über sein Leben und Herkunft zu erhalten.“ Auf diese Weise gelang es unter vielen Mühen, aus den einzelnen Antworten und Äußerungen Kaspar Hauers folgende Geschichte zusammenzustellen, die Hauser später, als er schreiben konnte, auch in einem selbstverfaßten Aufsatz niedergelegt und 1829 bei einer gerichtlichen Vernehmung eidlich bekräftigt hat.

Wer er war und wo seine Heimat war, wußte er nicht. Erst in Nürnberg war er „auf die Welt gekommen“. Bis dahin kannte er keinen Menschen, als den Mann, „bei dem er immer gewesen“. So lang er sich entsinnen konnte, befand er sich in einem halb unterirdischen Gelaß — „Loh“ oder „Käfig“, wie er es nannte. Ein kleines Fenster war zwar vorhanden, aber es war durch einen dicken aufgeschichteten Holzstoß verdeckt. Ueber dem Holzstoß sah er den Gipfel eines Baumes. Er war stets bariert und trug bloß ein Hemd und eine Hose, die hinten aufgeschlüsselt war, damit er seine Bedürfnisse in einer neben ihm stehenden Toif verrichten könne. Niemals hörte er irgend einen Laut von Menschen oder

Tieren, nie sah er den Himmel oder die „Helling“ (das Sonnenlicht). Er kannte nie den Unterschied zwischen Tag und Nacht, sah nie die schönen Dinger am Himmel. Wenn er aus dem Schlaf erwachte, lag neben ihm ein Brot nebst einem Krug mit Wasser. Das Wasser hatte oft einen bösen Geschmack; wenn er getrunken hatte, wurden ihm bald die Augen schwer, und er mußte einschlafen. Erwachte er dann wieder, so fand er, daß er ein reines Hemd trug und daß seine Nägel beschneitten waren. Das Gesicht des Mannes, der ihn vorjagte, sah er nie. Seine einzige Gesellschaft waren zwei hölzerne Kasse. Dazu besaß er verschiedene Bänder. So lange er wach war, unterhielt er sich damit, den Kössen die Bänder umzuhängen, sie neben sich herlaufen zu lassen, während er mit ausgestreckten Beinen auf dem Boden lag. Den Wechsel von Hitze und Kälte kannte er in seinem Kerker nicht. Nicht ein einzigesmal war er krank gewesen. Schmerzen waren ihm unbekannt. Wie er in diese Lage gekommen, wußte er nicht, er konnte sich auch nicht erinnern, jemals in andern Verhältnissen gelebt zu haben. Der Mann, der immer zu ihm kam, tat ihm nichts zu. Nur einmal, als er mit seinen Kössen zu viel Käse gemacht, kam er in den Kerker und schlug ihn mit einem Stod oder Holzstück über den Arm. Das war kurz vor seiner Beschneidung. Die noch mit frischem Schorf bedeckte Wunde davon brachte er mit nach Nürnberg.

Bald hernach kam der Mann einmal wieder in den Kerker und brachte ein Tischchen mit, das er ihm über seine Beine stellte. Dank befreite er vor ihm etwas Weißes (Papier) aus, steckte ihm von hinten her, so daß er ihn nicht sehen konnte, ein Ding (Kleist) zwischen die Finger und lenkte seine Hand damit über das Papier, auf dem er allerlei schwarze Figuren entstehen ließ, worüber er große Freude hatte. Als der Mann fort war, ließ Kaspar seine Kösse im Stroh und unterhielt sich damit, immer wieder diese Figuren nachzumalen. Diese Versuche wiederholten sich zu verschiedenen Zeiten.

Als später der Mann wieder einmal kam, hob er Kaspar vom Boden auf, stellte ihn auf die Füße und bemühte sich, ihm das Stehen und Gehen zu lernen, indem er sich hinter ihn stellte und mit seinen Füßen die Füße Kaspars zum Vorwärtsschreiten schob.

Nach einer gewissen Zeit kam der Mann abermals, legte Kaspars Hände über seine Schulter, band sie zusammen und trug ihn aus dem Kerker, dann eine Anhöhe hinauf. Darauf wurde er auf den Boden gelegt, und es wurde „ganz Nacht“ (er wurde bewußtlos). Später legte ihn der Mann noch wiederholt mit dem Gesicht auf den Boden, wobei es wieder „ganz Nacht“ wurde. Einige Male erhielt er Brot und Wasser. Dessen bemühte sich auch der Mann, ihn im Gehen zu üben. Er sprach nicht zu ihm, legte aber immer wieder die Worte vor: „A söhnta Keita mößt' i wer'n, wie mei Wota wehrn is.“ Das Gesicht des Mannes sah er nicht. Er mußte stets auf den Boden blicken, was er schon ohnehin tat, teils aus Furcht, teils deswegen, weil ihm seine Füße genug zu schaffen machten.

(Fortsetzung folgt.)

Ungarns größter Erzähler

Maurus Jókais 100. Geburtstag

Am 19. Februar ründet sich ein Jahrhundert, seit Maurus Jókai, Ungarns größter Erzähler, in der Donaufstadt Komorn geboren ward. Erst Novotny, dann Politzer und Leiter verschiedener Zeitungen und Zeitschriften, entfaltete er nebenberuflich eine derart umfassende schöpferische Tätigkeit, daß er schon auf die Mittagsstunden seines an Erfolgen reichen Lebens auf ein andernhundert Bände umfassender Schaffen zurückblicken konnte. Schon Jókais literarische Erstlinge erfreuten sich in hohem Maße der Gunst der breitesten Leserschaften, und bald drang sein Ruhm über Ungarns Grenzen hinaus in die westeuropäischen Länder, wo die vielen Romane und Novellen des Wimmerstaimes eine gleich begeisterte Aufnahme fanden wie in seinem Heimatlande. Kein Wunder, daß gelegentlich seines fünfzigjährigen Schriftstellerjubiläum neben vielerlei sonstigen zugehörigen Würden ihm fünfzig ungarische Städte das Ehrenbürgerrecht verliehen!

Jókais Erzählungskunst beruht in erster Linie in seiner weitsehenden Phantasie und seiner scharfen Schilderung. Hier erwies er sich als ein Erbe des älteren Dumas und Eugenes Sue's. Und gleich diesen beiden bingerten sich auch Jókais Erzählungen bei uns in Deutschland sehr weit ein. Verschiedene seiner Romane sind in den Jahrzehnten und auch in den durch die sozialdemokratische Presse gegangenen und auch in den Büchereien der Gewerkschaften fanden sie nicht nur einen beherrschenden Platz, sondern auch immer freudwillige Leser. Zu dem buntesten und lebendigsten Teil der ungarischen Literatur, imen noch mancherlei technische Kenntnisse, wie ungeahnte Verwindungen der immer spannend verlaufenden Handlung. Langweilige Partien gibt es bei Jókai nicht; lieber biegt er in die Breite des Unwahrscheinlichen, ja, des Unmöglichen ab, als daß er trocken und wirkungslos würde. Und deshalb wurden diese seiner Romane wie die der schon genannten Franzosen, wie die von Viktor Hugo, Jules Verne, Walter Scott und anderen einfach Weltliteratur.

Und dieser Kreis, mit dem zusammen wir Jókai hier nennen, verdrängt auch das literarische Niveau seiner Prosa: Gute Unterhaltungsliteratur, nichts mehr, aber auch nichts weniger. Ein keine Grenze kennender Erfindungsgeist und eine üppige Phantasie seines Schaffens lassen Vergleiche mit Verne an; das Spitzhafte in einzelnen seiner Romane erinnert an Hugo; und gar erst auf dem Felde des Geschichtlichen hat Jókai seine Heimat von der ältesten Sage bis zur damals seines langen Historie erfolgreich ausgedeutet, um dann am Abend seines langen Lebens (er starb im Alter von 79 Jahren) auch den von Frankreich reich ausgehenden Realismus zu kultigen. Auf diese Weise hat er im „Ungarischen Rabob“ das bormärkische Ungarn sozial und politisch geschildert, hat er in der „Krau mit den Meeräugen“ besonders die Epoche seines Vordens, die Aufstauzeit um 1848, geschildert, während eines seiner schönsten Bücher, der Roman „Ein Goldmensch“, als Mittelpunkt seine Heimatstadt Komorn hat und in künstlerischer Hinsicht, besonders in der Schilderung der Landschaft, einen Gipfelpunkt Jókaischen Schaffens darstellt. Schon aus dem oben Gesagten ergibt sich, daß Maurus Jókai (der Dichter hieß eigentlich mit seinem Vornamen Moriz, doch der

erste Heber seiner Werke ins Deutsche hatte Vojornis, man konnte diesen Namen bei uns für jüdisch halten, und änderte deshalb den Vornamen in Maurus um, obwohl Jókai einem alten Adelsgeschlechte entstammte) auch mit dem politischen Geschehen seiner Zeit eng verknüpft war. Als Publizist war er in der achtundvierziger Unabhängigkeitsbewegung der Ungarn ein Auser im Streite gegen das reaktionäre und anexionistische Oesterreich. Mit Kossuth und den übrigen Mitgliedern der Regierung und dem Parlament floh er nach Debreczin und feuerte durch seine politische Zeitung die Bevölkerung zum Widerstande gegenüber den österreichischen Aufgeboten auf, bis dann, durch die Wiener Machthaber herbeigerufen, die Russen den ungarischen Aufstand blutig niederwerfen halfen und der „Rehstau der Reaktion“ sich dorecht wieder auf das Land legte. Ungarn wurde jetzt zum österreichischen Kronland gemacht. Als aber 1860 die alte ungarische Verfassung wiederhergestellt ward, da wurde Jókai in das ungarische Parlament gewählt und gehörte ihm jahrzehntlang als schlagfertiger Redner der Liberale an. Da er auch in dieser Zeit täglich politisch-publizistisch tätig war, konnte er seine umfangreichen Arbeiten nur durch harte Arbeit und seine außergewöhnliche Leistungsfähigkeit bewältigen. Er hat nämlich an manchen Tagen spielend nicht weniger als zwei Druckbogen, also dreißig bis vierzig Buchseiten, seiner Romane niedergeschrieben. Auch in seinen späteren Jahren blieb er den Idealen seiner Jugend treu und ein aufrechter Demokrat und hat sich deshalb auch nicht seines Adels bedient. Ein Extremist war er freilich nicht. Man kann seine Stellung im Ausgang seines Lebens vielleicht als lokale Opposition gegenüber Wien bezeichnen.

Heute ist die einstmals so populäre Jókaische Belletristik in Deutschland aus der Mode gekommen, aber viele seiner Romane werden durch ihre spannende, zum Teil abenteuerliche Darstellung immer eine gewisse Beliebtheit behalten. Dafür zeugt auch die Tatsache, daß in der Reclamischen Sammlung nicht weniger als ein ganzes Dutzend seiner Romane, meist mehrere Nummern stark, erschienen sind und noch immer neu aufgelegt werden.

Die ungarische Heimat des Dichters wird in diesen Tagen sein Gedächtnis ausgiebig feiern. Mit doppeltem Recht! Jókai war nicht nur eine Weltberühmtheit, sondern seine Bücher haben auch im ungarischen Volk in sehr umfassender Weise überhaupt erst die Freude am Lesen geweckt und verbreitet. Dies kulturelle Verdienst ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Seine Vaterstadt Komorn feiert heute freilich außerhalb des ungarischen Staatsgebietes. Sie wurde vor fünf Jahren im Vertrage von Trianon der Tschechoslowakei einverleibt. J. K. i. c.

Eben Hedins 60. Geburtstag

Am heutigen 19. Februar vollendet Eben Hedin das 60. Lebensjahr. Eben Hedins große Taten als geographischer Forscher sind durch seine Reiseberichte allgemein bekannt; diese gehören zu den klassischen Schöpfungen der Länder- und Völkerkunde aller Zeiten. In Deutschland wird der 19. Februar mit besonderer Freude begrüßt werden, weil Eben Hedin seine geographische Ausbildung zum großen Teil Deutschland verdankt, sondern auch weil er in den schwersten Zeiten des deutschen Volkes treu und unentwegt zu uns gehalten hat. Gerade zur rechten Zeit bringt seine Schwester Alma bei Brockhaus, Leipzig, ein stattliches, reich mit interessanten Abbildungen geschmücktes Buch heraus unter dem Titel „Mein Bruder Eben Hedins Reisen und Entdeckungen“ (Geb. 4 15.—). Das Buch ist einer freudigen Aufnahme sicher, da es aus bester Quelle nähere Nachrichten über den interessanten Lebenslauf Eben Hedins bringt.

Eben Hedins Schwester sah ihren Bruder sich auf der selbstgewählten Bahn Schritt für Schritt zum geographischen Forscher entfalten. Der Weg zum Erfolg ist auch Eben Hedin nicht leicht geworden, und schon in jungen Jahren übte er sich mit harter Vorausicht auf den schweren Entdeckerberuf ein. Jederzeit war Eben Hedin, seiner Forscherpflicht getreu ein unbeeugamer Freund der Wahrheit, ein unbestechlicher Kämpfer für das Recht. Noch in den jüngsten Tagen hat er in einem bedeutungsvollen literarischen Kampf bewiesen, wie sehr ihm die Wahrheit über alles geht. Eben Hedin hat nie verleugnet, daß er ein Schwede ist, und seines Vaterlandes Ehre geht ihm über alles. Er hat in politischen Fragen manche harten Kämpfe zu bestehen gehabt, aber er hat es durch sein Aufrichten verstanden, sich auch bei den Gegnern persönliche Sympathien zu erringen.

Sehr richtig ist, was der berühmte Geschichtsforscher Oskar Montelius in einer Rede zum 60. Geburtstag sagte: Wenn man Eben Hedins Leben betrachtet, so ist es ein wunder Mann, aber wenn man seine Werke ansieht, kann man glauben, daß er ein sehr langes Leben hinter sich habe.“ Auch wenn man weiß, daß Eben Hedin mit den hervorragenden Persönlichkeiten aller Länder zusammengekommen ist, überrascht es doch, in dem Buche eine solche Fülle interessanter Einzelheiten zu finden. Sehr beachtenswert sind die scharfen Bilder, die er aus seinem Umgang mit Männern wie dem englischen Feldmarschall Kitchener, dem Bischof von Indien Lord Hutton und anderen entwirft. Späher macht der diplomatische Krieg, den der Forscher mit der englischen Regierung führen mußte, damit er in das allen Europäern streng verschlossene Land Tibet eindringen konnte. Eben Hedins feste seinen Willen gegen das mächtige England durch und er hatte den Triumph, von seiner dritten Tibetreise die größten Entdeckungen heimzubringen, die einem Forscher in diesem eigenartigen Land bisher den jeit konnten.

Ein sieghafter Optimismus hat Eben Hedin von Erfolg zu Erfolg geführt. Es gibt darum keine bessere Schule der Energie und des Erfolges als gerade diese Lebensbeschreibung des berühmten Forschers. Aber das Buch hat noch einen weiteren Vorzug: In ihm klingt das Hohelied der Familie. In keinem Werk hat die Liebe zum Elternhaus, zur Familie und zum Vaterland ein edleres Verständnis gefunden. Bewundernswert ist die Zusammenarbeit aller Familienmitglieder, die Anhänglichkeit, die der Sohn auch in weitester Ferne Vater und Mutter gegenüber bewahrt, während ist die Treue, mit der der 60jährige Vater noch mit sicherer Hand für den berühmten Sohn Mannuskripte schreibt und sich jeden Tag seiner Arbeit freut.

Die schöne Geburtstagsgabe des deutschen Volkes an Eben Hedin wird sein, wenn vor allem die Jugend beherzigt, was das Leben des großen Forschers erfüllt: Liebe zum Elternhaus, Liebe zum Vaterland und Liebe zur freien Forschung. Die Schwester schließt das prächtige Buch mit den Worten:

„Neben seinen literarischen Plänen steht Offen nach wie vor lodend vor seinem Sinn. Alle die Jahre hindurch, während die Gemitter des Weltkrieges tobten und Reiche und Throne trachtend zusammenstürzten, hat die Erinnerung an die Stille der Wüste seiner Seele Frieden und Ruhe geschleut. Immer wieder hat er den Drang gefühlt, in die Einsamkeit zurückzukehren, und viel leicht folgt er noch einmal der mahnenden Stimme.“

Wir empfehlen das sehr gut ausgestattete Buch unseren Lesern auf das wärmste.

Karlsruher Chronik

Geschichtskalender

19. Februar, 1473 *Der Astronom Nikolaus Kopernikus in Thorn. — 1825 *Der ungarische Schriftsteller Miksa Jókai in Komorn. — 1865 *Der Weltreisende Sven Hedin in Stockholm.

Es will Frühling werden

Die große Seltenheit eines Winters ohne Schnee ist in diesem Jahre zu verzeichnen. Was der vorjährige Winter an Strenge zu viel brachte, will der diesjährige anscheinend wieder gutmachen. Denn auch bezüglich der Temperatur zählt dieser Winter zu den Seitenheiten. Frosttage sind bisher nur sehr mäßig zu verzeichnen, strengere Kälte stellte sich selbst im Kältemonat Januar nicht ein. Und der Hornung, der den Eismanntag sonst recht gern noch aus vollen Baden blasen läßt, bringt uns in diesem Jahre die allerhöchsten Vorfrühlingsstage. Die Sonne, die nun wieder höher und höher steigt, machte sich besonders in den letzten Tagen dieser Woche, so auch gestern, recht angenehm bemerkbar und löst die Spaziergänger hinaus ins Freie. Die zunehmende Tageslänge kommt besonders des Abends in Erscheinung, soformt tut sich im Menschenherzen auf; es geht dem Lenz entgegen!

Am Quellbach murmelt leise, Gräser und zarte Pflänzchen verraten junges, neues Grün, an Baum und Strauch schwellen braune Knospen, die Köpfe der Weiden brechen bereits silbern hervor. Birke und Hahnenkamm treiben ihre Blütenwürstchen vorwärts und da und dort finden sich schon blumige Erstfrühlingsboten. Auch in der Vogelwelt steht Vorfrühlingsfreude. Die Amsel stößt des Morgens, im Wald, Busch und Strauch zwitschert und die heimischen geliebten Dauergäste wie Meise, Zint, Rotkehlchen, Dompfaff u. a. geben ihrer Freude über den milden Sonnenschein unverholten Ausdruck.

Auch die Insektenwelt merkt des Frühlings Nahen. Der Raifäher hat sich auf unserer Redaktion schon vor Wochen eingestellt. Gestern überbrachte uns ein kleiner Freund einen munteren Zitronenfalter, der sein grünlich-gelbes Flügelpaar behaglich preizt. Die Amsel, die als guter Prophet anzupreisen ist, hat uns schon im Oktober verraten, daß der kommende Winter Gnade walten lassen werde, denn sie versteckte sich nicht in die Tiefe der Erde, sondern suchte Überwinterung auf dem Boden ihrer Tannennadelburg. Und jetzt macht sie sich bereits wieder geschäftig in ihrem Bau bemerkbar. Viel ließe sich noch registrieren aus dem Reiche der winterwachen Natur. Gest selbst hinaus, benütze die prächtigen und kalendermäßig genommene so seltenen Vorfrühlingsstage des diesjährigen Februar, schauet und horchet hinein in das erwachende Leben und ihr werdet merken, daß der Frühling im Anmarsch ist und sich durchsetzen will. Wenn auch vielleicht noch Tage des Rückfalls kommen, die Sonne steigt mit jedem Tage und mit ihr unser Hoffen. Die Herrschaft des Lebens über den Tod, der Glaube an die Ewigkeit im unverwelklichen Weltall wird aufs neue besiegelt und bekräftigt in diesen Vorfrühlingsstagen.

Süßstadtfragen

In einer sehr stark besuchten Bezirksversammlung der sozialdemokratischen Partei in der „Ginje“ wurden gestern abend u. a. Fragen behandelt, die freigeist die Süßstadt betreffen. Stadtrat Herr Töpfer hatte dazu das Referat übernommen. Derselbe behandelte zunächst den unterirdischen und einer Großstadt ungewohnten Zustand am Eilingertor. Die Bevölkerung der Süßstadt verlangt, daß mit der Beilegung dieses Zustandes endlich Ernst gemacht wird. Im besonderen kam der Redner dann auf die Pflichten der Stadt zu sprechen, auf dem Berberplatz in Verbindung mit einer modernen unterirdischen Abortanlage einen künstlich ausgefärbeten Brunnen zu erstellen. An Hand von Skizzen und Zeichnungen erläuterte der Redner dabei auch den Vorschlag des Künstlers, in dem Monument die scharfste Bezeichnung des Stadtteils als „Indienort“ zum Ausdruck zu bringen. Die Sache wurde bezüglich der Öffentlichkeit besprochen und spärlich beantwortet. Naturwissenschaften können keinen Gewinn abgeben. Es ist jedoch lächerlich, da von Beilegung sprechen zu wollen. Früher war es üblich, dem Künstler in solchen Dingen freie Hand zu lassen; es wurde einfach gemacht, wie beispielsweise beim Elektrizitätsbau und auch bei anderen Gelegenheiten. Und so sollte man es auch in diesem Falle halten. Die mit Humor gehaltenen Ausführungen des Redners wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die Diskussion, an der sich 8 Redner beteiligten, beendete sich ebenfalls in diesem Sinne. Ein Redner beantragte den etwas zu sehr spitzwärtig stilisierten Indienort. Es sollte ein richtiger Indienort sein. Hieran wurden folgende zwei Resolutionen einstimmig angenommen:

1. Die heutige Bezirksversammlung der Sozialdem. Partei der Süßstadt erhebt gegen die Zustände am Festhalleplatz, Eilingertor und am alten Bahnhofsgebäude entschiedenen Protest. Sie erachtet, daß namentlich die Stadterhaltung alles tun, um die Baracken und die ungesunden Folgenzustände zu beseitigen und das Gelände bald in einen Zustand versetzt wird, der einer Großstadt würdig ist. Die Versammlung erwartet, daß den berechtigten Wünschen der Süßstadt-Einwohner endlich einmal Rechnung getragen wird.

2. Die heutige Bezirksversammlung der Sozialdem. Partei der Süßstadt bekräftigt die Errichtung einer unterirdischen Abortanlage mit Brunnen auf dem Berberplatz. Die Versammlung kann in der Verwendung des Indiens als Brunnenstandort durchaus keine Verletzung der Süßstadt-Einwohner erkennen, im Gegenteil, sie begrüßt diesen originellen, humorvollen Stand als eine Lebenswürdigkeit des sonst etwas von Seiten der Stadt stiefmütterlich behandelten Stadtteils.

Ueber den außerdem noch gehaltenen Vortrag wird morgen berichtet.

Versammlung der Sparguthaber

Die gestern abend im kleinen Festhallsaal stattgefundene öffentliche Versammlung der Sparguthaber und sonstiger entschuldigter Gläubiger war äußerst stark besucht. Die Ausführungen des Referenten Prof. Eustach Marx-Mannheim fanden volle Zustimmung und stürmischen Beifall. Die Versammlung wolle Zustimmung und stürmischen Beifall. Die Versammlung, über deren Verlauf wir morgen näher berichten werden, nahm folgende Entscheidung einstimmig an:

„Die am 18. Februar 1925 in der Festhalle zu Karlsruhe zahlreich versammelten Sparer und sonstigen entschuldigter Gläubiger erheben in zwölfter Stunde schärfsten Einspruch gegen den Fortbestand der rechtsmörderischen 3. Steuernotverordnung, die durch Mißachtung ihrer wohlverdienten, verfassungsmäßig gesicherten Rechte ungebührlich unserer besten Volksgenossen in größte Not gebracht und viel in den Tod getrieben hat. Sie erinnern die politischen Parteien und die Reichsregierung an ihre vor der Wahl gegebenen bindenden Zusagen und fordern deren Erfüllung. Sie warnen den Reichstag und die Reichsräte, den unmaßvollen Einfüßerungen und irdischen Machenschaften der geldmächtigen Schuldnergruppen zu folgen, die als Kumpel der Inflation eine gerechte Aufwertung zu hintertreiben versuchen.“

Eine Regelung, die wiederum nur eine einseitige Begünstigung der Schuldner darstellen und die Lasten des verlorenen Krieges ausschließlich auf die Schultern der Sparer und Gläubiger abwälzen sollte, wird niemals die Zustimmung der Entrechteten finden und deshalb keine Berücksichtigung im politischen und wirtschaftlichen Leben herbeiführen. Sie fordern die unerschütterliche gesetzliche Regelung der Aufwertung ihrer Vermögensanlagen im Sinne des bürgerlichen Rechts, das allein einen gerechten Ausgleich zwischen den Gläubigern und Schuldnern herbeiführt.“

Internationale polizeitechnische Ausstellung Karlsruhe (Baden 1925)

In den letzten Jahren hat im Ausland, wie auch in Deutschland, die Polizeitechnik im Kriminaldienst angefangen der geistreichen Intensität des Verbrechens und im Außenland — es sei nur an die Probleme der Verkehrsregelung erinnert — eine ständig wachsende Bedeutung gewonnen. Wissenschaft, Industrie und Handwerk haben sich in steigendem Maße in den Dienst der modernen Polizeitechnik gestellt, wie diese wiederum bemüht ist, die neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und der Technik für ihre Zwecke und Aufgaben nutzbar zu machen. So ist in allen Kulturstaaten eine Reihe von bedeutsamen Fortschritten auf den verschiedensten Gebieten der Polizeitechnik zu verzeichnen.

Eine große internationale polizeitechnische Ausstellung, die vom 7. bis 21. Juni ds. J. in Karlsruhe stattfindet, soll nur in weitem, aber doch fest umrissenen Rahmen ein geschlossenes Bild dieser neuerzeitlichen Polizeitechnik geben. Die Ausstellung, die im Auftrag des badischen Ministers des Innern vom badischen Landespolizeiamt im Benehmen mit der freien Vereinigung für Polizeitechnik durchgeführt werden soll, wird das gesamte Gebiet der Polizei einschließlich der Gendarmerie umfassen. Sie ist in eine allgemeine Abteilung, die Straßenspolizei, Fahndungspolizei, Kriminalpolizei, Erkennungsdienst, Sittenpolizei, Nahrungsmittel- und Gesundheitspolizei, Marktpolizei, Polizeischulwesen, Polizeibundesschulen, Polizei- und Kriminalstatistik sowie Literatur und Presse umfaßt, in eine gewerbliche Ausstellung und eine Sonderausstellung der Polizeibehörden gegliedert. Besondere Berücksichtigung werden in der gewerblichen Ausstellung die Sicherheitsindustrie, die photographische und chemisch-technische Industrie, die Fernmelde- und Automobilindustrie finden. Es ist ferner auf dem freien, ungedeckten Ausstellungsraum die Ausstellung von Modellen moderner Verkehrsregelungen, wie z. B. am Potsdamer Platz in Berlin, in Aussicht genommen.

Die internationale polizeitechnische Ausstellung Karlsruhe 1925 ist die erste Ausstellung dieser Art in Deutschland, sie wird darum weit über die Gadergrenze hinaus, in allen Kreisen der Bevölkerung, besonders in Industrie und Handwerk, lebhaftem Interesse begegnen. Bis jetzt ist bereits eine große Zahl von Anmeldungen eingegangen, u. a. wird sich auch die gesamte preussische Polizei offiziell an der Ausstellung beteiligen. Die badische Landeshaupstadt hat für die Ausstellung das neue Ausstellungsgelände, das 4000 Quadratmeter Fläche umfaßt, zur Verfügung gestellt. Mehrere Fachverbände und Vereinigungen werden aus Anlaß der Ausstellung ihre Tagungen in Karlsruhe abhalten. In das Ehrenpräsidium sind mit dem badischen Staatspräsidenten und den badischen Ministern der Präsident des badischen Landtags, der Oberbürgermeister und der Rektor der Technischen Hochschule in Karlsruhe eingetretet. Wahrgewählte Persönlichkeiten des In- und Auslandes bilden den Ehrenausschuß.

Verbindlich erklärt Schiedspruch im Großhandel

Der vom Karlsruher Schlichtungsausschuß unterm 3. Februar 1925 gefällte Schiedspruch, daß die Löhne der im Karlsruher Großhandel beschäftigten Arbeiter mit Wirkung vom 25. Januar 1925 um 7 Prozent zu erhöhen sind, wurde am 16. Februar vom Landespräsidenten Herr Landrat Siehle für verbindlich erklärt. Demzufolge wurde zwischen dem Zentralverband des deutschen Großhandels G. V. D. G. Karlsruhe und dem Deutschen Verkehrsband W. V. D. G. Karlsruhe ein neues Robinsonbrennen abgeschlossen. Lohnstarke können auf dem Büro des Deutschen Verkehrsbandes Kronenstr. 3, 2. St., abgeholt werden. Es sind auch neue Löhne für Kraftfahrer abgeschlossen worden. Auch diese können abgeholt werden.

Damit ist eine Lohnbewegung zu Ende geführt, die schon seit 14. November schwebt. Bekanntlich wurde der erste Schiedspruch, welcher den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 10 Prozent bringen sollte, nicht für verbindlich erklärt; trotzdem dieser Schiedspruch einstimmig, also auch von den Vertretern der Arbeitgeber, gefällig worden ist.

Bildungsvorträge der Naturfreunde

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ hier hat sich in diesem Winter die gute Aufgabe gestellt, seine Mitglieder in die verschiedensten Kulturgebiete der Völler einzuführen. Welchen lebhaften Beifall dieses Programm gefunden hat, ist hier schon oft erwähnt worden. Am letzten Freitag nun sprach Herr Dr. Vogel über das Werden der deutschen Kultur bis zum Beginn der Renaissancezeit. Er zeigte die großen Kraftquellen, aus denen die damalige Zeit schöpft, erstens das Vermächtnis der griechisch-römischen Welt, das aufgehoben und bewahrt wurde durch die katholische Kirche und zweitens die germanische Welt. Die mittelalterliche Kultur ist also vor allen Dingen eine germanische Kultur, wobei der Begriff germanisch nicht allein auf das heutige Deutschland beschränkt ist. Einer ungemein eingehenden Würdigung unterzog der Redner die Entwicklung der staatlichen Verfassung, ausgehend von den noch ungeordnet, nach Art der Nomaden, kausenden Germanen, die sich dann aber in Sippen zusammenfanden, gab der Redner ein klares Bild von der Entstehung des Eigentums, von der Grundherrlichkeit, des Königtums und endlich des Kaiserturns. Die rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer Entwicklung wurden beleuchtet und kritisiert. Der politisch ungemein wichtige Uebergang vom Feudalismus zum Absolutismus wurde eingehend besprochen. Der Redner sprach auch über die Entwicklung der Wissenschaften, die in der Renaissancezeit ihren Höhepunkt erreichten. Er sprach über die Entwicklung der Kunst, die in der Renaissancezeit ihren Höhepunkt erreichten. Er sprach über die Entwicklung der Literatur, die in der Renaissancezeit ihren Höhepunkt erreichten. Er sprach über die Entwicklung der Philosophie, die in der Renaissancezeit ihren Höhepunkt erreichten. Er sprach über die Entwicklung der Wissenschaften, die in der Renaissancezeit ihren Höhepunkt erreichten. Er sprach über die Entwicklung der Kunst, die in der Renaissancezeit ihren Höhepunkt erreichten. Er sprach über die Entwicklung der Literatur, die in der Renaissancezeit ihren Höhepunkt erreichten. Er sprach über die Entwicklung der Philosophie, die in der Renaissancezeit ihren Höhepunkt erreichten.

Land, durch eine Stadt usw. der damaligen Zeit. Hierbei kamen durch die Worte des Redners plastisch die Lebensverhältnisse des Mittelalters zur Geltung. Zugleich wurde dadurch vermieden, daß der Vortrag, der die lange Zeit von 2 1/2 Stunden in Anspruch nahm, ermüdend wirkte. Es war sehr bedauerlich, daß der Vortragende nicht mehr genügend Zeit fand, den philosophischen Unterbau des Mittelalters zu erklären, dennoch gaben schon die Proben aus den Werken Augustini und die Charakterisierung mythischen und scholastischen Denkens genügend Hinweise. Die literarische Bedeutung des Mittelalters erkannte man in seinem hervorragenden Vertreter — Walter von der Vogelweide — aufs Eindringlichste.

Der Rednerverband Karlsruhe und Umgebung veranstaltet am Samstag abend im Saale des „Apollo“ (Marienstraße) einen W a s t e n b a l l mit Prämierung der vier originellsten Masken. Da die Leitung Wert darauf legt, daß wirklich etwas Originelles geboten wird, so hofft sie auf einen zahlreichen Besuch.

Schneebericht

en. Vom Schwarzwald, 18. Febr. (Privattelegr.) Ergiebige und anhaltende Schneefälle, die alle bisherigen dieswintlichen Niederschläge in Schatten stellen, sind in den letzten 36 Stunden im gesamten Hochschwarzwald niedergegangen. Während nach wie vor Obere und Käfer und selbst mittlere Gebirgslagen langartigen Winternachtes aufzuweisen haben, herrscht nunmehr in den oberen Regionen des Schwarzwaldes ausgeprochen tiefer Winter. Rahezt 40 Zentimeter Neuschnee sind im Feldberggebiet seit Wochenbeginn gefallen. Die Temperatur bleibt dabei noch wie vor relativ mild und frost herrscht höchstens bis zu — 3 Gr. über der Grenze von 1200 Meter. Feldberg, Herzogenhorn und Welschen Berichten bei fortgesetztem Schneefall etwa 90 Zentimeter Gesamtschneehöhe und — 2 bis — 3 Grad Kälte; die St. bahn ist ausgeeisnet und fahrbar ab 900 Meter. Vom Bärenthal werden 30 Zentimeter, von Hintergarten etwa 10—15 Zentimeter, von Titisee 5 Zentimeter Schneehöhe gemeldet. Das Hölentalgebiet ist mit einer geschlossenen, aber nur leichten und nassen Schneedecke überzogen. Keinen Bestand hatte der Neuschnee auf der Baarhochfläche. Dagegen melden Turner, Weichtamshöhe, Brend, Schönwald und Furtwangen bis zu 20 Zentimeter Neuschnee und gute St. bahn oberhalb 900 Meter. Ergiebige Schneefälle gingen letzte Nacht im Hornisgrindegebiet nieder. Aufsteien meldet allein 20 Zim. Neuschnee bei 0 bis 1 Grad Kälte. Rummelsee, Hornisgrinde, Babenerhöhe berichten bis zu 25 Zim. Neuschnee bei 0 Grad. Es schneit noch immer weiter, jedoch oberhalb 800 Meter eine gut fahrbare St. bahn vorhanden ist. Im einzelnen melden von Mittwoch nachmittag:

- Grundsee-Babener Höhe: Schneehöhe 20 Zim., es schneit stark bei 0 Grad; Schneegrenze Wiedenfeld und Sand; St. bahn fahrbar.
- Hornisgrinde-Nachhaus: Schneefall, Schneehöhe 25—30 Zim., — 1 Grad kalt, St. bahn bis unterhalb Interimatt gut.
- Aufsteien: 1 Grad Kälte, 25 Zim. trockener Neuschnee, starker Schneefall, Schneegrenze bei 750 Meter, St. bahn auf der Höhe gut.
- Zuslucht: 2 Grad Kälte, 30 Zim. Neuschnee, vulbriger Neuschnee, St. bahn sehr gut bis 750 Meter abwärts.
- Anlebis: — 1 Grad kalt, Schneetreiben und Nebel, Schneehöhe 20—25 Zim., St. bahn auf der Höhe gut.
- Interimatt: 0 Grad, Schneefall, Schneehöhe 10—20 Zim., St. bahn fahrbar bis Zimmerplatz.
- Furtwangen: — 1 Grad Kälte, Nebel und Schneegeföber, 15 Zim. Neuschnee, auf der Höhe nach dem Raben und Brend bis zu 25 Zim. Neuschnee, St. bahn fahrbar.
- Feldberg: Neubauernd Schneefall und Schneetreiben, — 2 Gr. Kälte, Schneehöhe 25—30 Zim., darunter 25 Zim. vulbriger Neuschnee, St. bahn sehr gut bis unterhalb Bärenthal und gegen Hintergarten.
- Herzogenhorn-Nachhaus: Starker, noch anhaltender Schneefall, Schneehöhe 30 Zim., stellenweise 1 Meter, tiefer Winterneuschnee (ca. 30 Zim. Neuschnee) — 2 Grad Kälte, St. bahn vorzüglich.
- Obalberwieshaus am Eganenland: Nebel und Schneefall, Schneehöhe 60—70 Zim. trockener, vulbriger Neuschnee, — 1 Gr. Kälte, St. bahn sehr gut.
- Neustadt-Titisee: Schneefall, 0 Grad, geschlossene Neuschneedecke, es schneit weiter.

Wie in 4 Seiten Vereinsanzeiger Bei 5 u. mehr Seiten 20 Sp. bis 20 Sp. 40 Sp. bis 40 Sp. (Vergeltungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Reflektorenpreis berechnet.)

Ständebuchauszüge der Stadt Karlsruhe Todesfälle. Erwin Stels, Portfellebendreiner, Chemann, alt 56 Jahre. Rosa Beisel, alt 63 Jahre, Witwe von Jakob Beisel, Schlosser. Wilhelm Bidel, Schreiner, Chemann, alt 67 Jahre. Susanna Binkel, alt 47 Jahre, Ehefrau von Georg Binkel, Autohalter. Theresia Wagner, alt 50 Jahre, Ehefrau von Josef Wagner, Eisenbahnkassierer.

Was soll ich morgen kochen?
Die Lösung dieser Frage ist oft nicht leicht. Folgende Antwort wird Sie vielleicht nicht überraschen, weil Sie schon längst wissen, daß ein

Oetker-Pudding
ein Mittagsmahl oder den Abendlich ganz glänzend abschließt, vervollständigt, bereichert. — Wenn das sonst Gebotene aus besonderen Gründen nicht immer so ausfallen kann, wie die Hausfrau es gern möchte, so sind hier Dr. Oetker's Puddingpulver

ein treuer Helfer in der Küche.
Schnell einfach und ohne besondere Umstände ist ein Pudding gekocht und nach dem Erkalten mit Frucht- oder Schokoladen-Sauce aus Dr. Oetker's Saucenpulver auf den Tisch gebracht. Solch ein appetitlich angerichteter Pudding wird am Schluß alle zufriedenen stellen und auch recht gut satt machen.

Besonders empfehlenswert sind:
Dr. Oetker's Puddingpulver nach holländischer Art und zwar Mandelpolse — Rosinenspolse mit Mandelgeschmack — Mandelpolse mit Rosinen.
1 Päckchen Mk. 0.15

Verlangen Sie beim Einkauf nur „Original-Päckchen“ (niemals lose) mit der Schutzmarke „Oetker's Hellskopf“. Die besten Oetker-Rezeptbücher erhalten Sie kostenlos in den Geschäften oder wenn vergriffen gratis und franko von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

(-) Schutzhelme für Schwerhörige. Nachahmenswert ist der Schritt des Württembergischen Vereins für Schwerhörige und Taubblinde, der seine Mitglieder veranlaßt, ein Schutzhelmen zu tragen; dieses ist eine am rechten Oberarm getragene halbkugelige Helmkrone mit drei schwarzen Punkten, in der Stellung des bekannten Wegweizerzeichens für Automobile. Die Träger aller fahrbaren Fahrzeuge sollen hierdurch darauf aufmerksam gemacht werden, daß bei der Begegnung mit Trägern dieses Helms besondere Vorsicht geboten ist, weil diese Warnungssignale nicht hören können und deshalb besonders Gefahren im Straßenverkehr ausgeht sind.

Valuta
nach dem Berliner Mittelkurs vom 18. Febr. 1925. In Auszahlung: Belgien 21.32 M per 100 belg. Fr.; Holland 168.52 M per 100 hfl.; Spanien 59.60 M per 100 Pes.; Schweiz 80.82 1/2 M per 100 schw. Fr.; Italien 17.26 M per 100 Lire; England 20.01 M per 1 Pfd. Sterl.; Schweden 113.18 M per 100 Kronen; Frankreich 22.24 M per 100 franz. Fr.; Dänemark 5.918 M per 100 000 Kronen; Rumänien 4.20 M per 1 Dollar; Slowakei 12.475 M per 100 Kronen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte
für Freitag, 20. Febr.: Zeitweise aufheiternd, höchstens vereinzelte Regen, kühler.

Wasserstand des Rheins
Schutterinsel 67, gest. 4; Neßl 182, gest. 16; Maxau 362, gest. 9; Mannheim 264, gest. 3 Zentimeter.

Kleine badische Chronik

5. Söllingen. Schrecklicher Tod. Die Witwe Christoph Warr kürzte letzten Dienstag abend auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise, jedenfalls infolge geistiger Umnachtung, aus dem Fenster ihrer im 2. Stock gelegenen Wohnung in der Friedhofstraße. Nachdem ihre Angehörigen sie vermisten und auf die Suche nach ihr gingen, fanden sie die Leiche mit gebrochenem Genick tot auf der Straße liegend. Noch letzten Sonntag feierte sie im Kreis ihrer Kinder ihren 80. Geburtstag.

Heidelberg. Um die Schaffung einer neuzeitlichen Feuerwehreinrichtung zu ermöglichen, werden hiesige Geschäftsleute und sonstige interessierte Persönlichkeiten zu freiwilligen Beiträgen hierzu aufgefordert, da die Stadt nicht in der Lage ist, eine solche Anlage, deren Einrichtung auf 60 000 M geschätzt wird, zu schaffen. Einen Kostenbeitrag hat die Landesfeuerwehrunderstützungsgasse in Aussicht gestellt. — Ein junger Mann kürzte in der Nacht zum Sonntag bei einem Tanzvergnügen und zog sich hierbei eine Gehirnerschütterung zu. — Ein verheirateter Gärtner von hier wurde am Sonntag abend, als er mit seinem Fahrrad die Bergheimerstraße entlang fuhr, beim Überholen von einem Kraftwagen erfasst und überfahren. Der Kraftwagenführer verdrängte den schwerverletzten Mann nach dem Kranfenshaus.

Mannheim. Auf dem hiesigen Friedhof wurde ein verheirateter 70 Jahre alter Dreher vom Lindenhof erhängt aufgehängt. Unheilbares Leiden dürfte der Grund zur Tat sein. — In einer Sittlichkeitsoffiziere mit Schullinden wurde der 72 Jahre alte Schuhmacher Trisch aus Wallstadt verhaftet. Der mitverdächtige 63 Jahre alte Georg Peter Krämer hat sich aus Furcht vor der Strafe in seiner Wohnung in Wallstadt erhängt. — Infolge Viehesummers wollte sich ein 23 jähriges Dienstmädchen das Leben nehmen und sprang in den Rhein. Durch zwei Personen wurde die Lebensmüde an ihrem Vorhaben gehindert. Weiter wollte sich eine 44jährige Stütze durch Einnehmen einer giftigen Flüssigkeit aus dem Leben schaffen. Aber auch sie wurde von ihrem Vorhaben abgebracht. — Ein 44jähriges

Mind, das nicht genügend beachtet war, wurde von einem Personenkraftwagen überfahren.

Bairertal bei Wiesloch. Im Bergwerk ging ein Sprengschlag zu früh los, wobei die Arbeiter Weigel von hier und Heinrich Scherer von Alt-Wiesloch schwer verletzt wurden.

Unterharmersbach. In dem zu unterer Gemeinde gehöri-gen Zinten 1849 brach in dem dem Kleinrentner und Tagelöhner H. H. gehörenden Sämannen Feuer aus, das dasselbe in kurzer Zeit emporgeriet. Unter dem Verdachte, in Abwesenheit seiner Eltern das Feuer gelegt zu haben, wurde der 18jährige Sohn verhaftet. Schon vor 14 Tagen hatte der Besitzer Feuer am Hause bemerkt und es noch rechtzeitig löschen können.

Markt und Handel
Schweinefleisch in Weuhal am 18. Februar. Angefahren wurden: Wildschweine 30, Käufer 37, verkauft wurden 39 bezw. 34; höchste Preis 60 bezw. 75 M; höchste Preis 50 bezw. 70 M; niedrigster Preis 36 bezw. 62 M. — **Rindfleisch:** Aufgetrieben wurden 167 Stück Grobvieh und 21 Kälber.

Konkursverfahren. Ueber das Vermögen des Gastwirts Hans Hügel in Neßl wurde das Konkursverfahren eröffnet.

Letzte Nachrichten
Pressbestimmen zur preussischen Regierungserklärung

Berlin, 18. Febr. (Eigener Kundendienst.) Zur Erklärung der neuen Regierung Marx sagt der „Vorwärts“: „Die Sozialdemokratie gewährt der neuen Regierung ihre Unterstützung, obwohl sie ihren eigenen Wünschen durchaus nicht entspricht. Sie tut es, weil der Ansturm der Reaktionen unter treuer Bundeshilfe der Reichstagen auch Preußen zum Tummelplatz der Bürgerkriegsaktionen zu machen heabsichtigt. Gegenüber diesen machtvollen getriebenen Ansprüchen der Reaktionsparteien ist die Arbeiterfront aller für Republik bekennenden Parteien notwendig, auch wenn sie in dem Urteil dieser notwendigen Maßnahmen auseinandergehen.“

„Die Frage“, so fährt der „Vorwärts“ gegenüber den von Marx aufgestellten Richtlinien fort, „die der Sozialdemokratie gestellt ist, lautet demnach nicht: „Soll die Regierung Marx an sich das „Ideal“, sie lautet vielmehr: „Soll die Regierung besser und erträglicher als eine die von Wintler über Gome und etwa Bogen reicht?“ Und zwar kann die Beantwortung nur sehr eindeutig sein. Was Marx über Landwirtschaft und Kulturpolitik sagt, entspricht nicht unseren Wünschen; aber es besteht kein Zweifel, daß ein Ministerium Wintler-Gome die gleichen Gegenstände in zehnfach verstärkterem Maße behandeln würde. Ebenso steht außer Frage, daß das, was Marx über den Schutz der Staatsform und der Republik dargelegt hat, von einer Regierung des Reichsblutes nicht gefast werden wäre, und daß, wenn trotzdem beratige Wendungen in einer solchen Regierungserklärung enthalten wären, kein ernsthafter Mensch ihnen Glauben schenken würde.“

So wie sich die Dinge gestaltet haben, ist das Ministerium Marx ein Kabinett des Befehls zur republikanischen Staatsform und damit ein Kampfkabinett gegen die monarchistisch-reaktionären Bestrebungen. Aus dieser Sachlage ergibt sich die Stellungnahme der Sozialdemokratie von selbst. Innere Partei wird nicht kamplos dem Ansturm der Bürgerkriegsparteien weichen, noch der Schlammschlacht, die sich täglich in der deutschen Presse über sie ereignet. Die Sozialdemokratie weiß, daß der Republik, die hauptsächlich unter ihrer Verwaltung existiert, noch sehr der weitausliche soziale Aufbau fehlt. Man zu schaffen ist ihre besondere Aufgabe. Von der Erfüllung dieser Aufgabe wird sie sich auch durch das Treiben der Reaktionsparteien nicht abhalten lassen.“

Die „Vossische Zeitung“ kennzeichnet das Programm des neuen preussischen Ministerpräsidenten folgendermaßen: „Was

Marx vorbringt, war das Programm eines Patrioten, eines wirklich nationalen Mannes, dem das Staatswohl ungleich höher steht, als das Partei- und Fraktionsinteresse. Daneben ist zu sagen, daß sich in der Formulierung der Regierungserklärung der erfahrene und geschickte parlamentarische Taktiker bemerkbar hat. — Für Marx gibt es nur einen politischen Grundzug, der jedes Kompromiß ausschließt: Das Bekenntnis zur Republik. Dieses Bekenntnis hat er auch gestern abgelegt und zweimal unterstrichen. Er hat in diesem Zusammenhang mit deutlicher Betonung auch vor dem Beamtenrat gesprochen, das sich, unbeschadet aller durch die Verfassung gewährleisteten politischen Freiheit, doch bewußt sein müsse, daß es seine erste Aufgabe sei, die Verfassung zu achten und zu schützen.“

Die „Germania“ meint: „Würde bei uns wirkliche Politik nach sachlichen und staatspolitischen Notwendigkeiten gemacht, dann müßten die Oppositionsparteien des preussischen Landtags zum mindesten eine Zeit lang die Arbeiten dieser Regierung auf Grund des gestern bekannt gegebenen Programms abwarten. Sachliche Einwendungen konnten gegen die Ausführungen des Ministerpräsidenten nicht gemacht werden. Abgesehen von den berufsmäßigen kommunistischen Spaltstachelmachern, fand die preussische Politik eingetretene und vermindert nicht nur jede Schärfe, sondern hatte es auf die Verödung und den Ausgleich der innenpolitischen Gegensätze angelegt.“

Die sozialistische „Zeit“ gibt zu, daß die Darlegungen des Ministerpräsidenten eine Reihe von Programmpunkten enthalten, die auch in den Reihen der Oppositionsparteien keine Widerspruch finden. Und schließlich meint das Blatt: „Der Regierungsmangel der Sozialdemokraten kann in der Vergangenheit als zweckmäßig befunden sein. Sie sind aber gegenwärtig abgewirtschaftet. Es ist deshalb außerordentlich bedauerlich, daß Marx bei der Bildung seines Kabinetts, alle Parteien rechts vom Zentrum zurückgelassen hat. Es verliert sich von selbst, daß daraus auch die Konsequenzen gezogen werden müssen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ muß sich schon mit einer recht starken Deutscher Selbstverweigerung wegnemen, um in der Kritik der Rede des Herrn Marx parlamentarisch zu bleiben. Sie meint: „Auf das sachliche Programm des Herrn Marx einzugehen, ist kein Anlaß vor, ehe nicht entschieden ist, ob Herr Marx überhaupt Gelegenheit haben wird, dieses Programm in die Tat umzusetzen.“

Ausweisung eines deutschen Journalisten

Belgrad, 18. Febr. Das Ministerium des Innern des Königreichs Serbien hat die Ausweisung des belgischen Berichters des „Berliner Tagblatt“, Theodor Berles, als Grund wird angegeben, Berles habe an die deutsche Presse tendenziöse und provokatorische Nachrichten gelangen lassen, die die guten Beziehungen zwischen Jugoslawien und Deutschland beeinträchtigen könnten.

Kriegsgerichtsurteil

Paris, 19. Febr. Das Kriegsgericht in Amiens hat heute ein Urteil in Abwesenheit neun deutscher Offiziere wegen angeblicher Mithilfe an zehnjähriger bis lebenslänglicher Zwangsarbeit.

Riefenschieberprozess

Berlin, 18. Febr. Vor dem erweiterten Amtsgericht Berlin-Tempelhof begann heute ein Riefenschieberprozess wegen Verletzung von ehemaligem Geheimschutz. Die Anklage richtete sich gegen 20 Personen, die in den Jahren 1919 und 1920 Briefkäufe von Geheimsachen vorgenommen hatten. Ueber 100 Zeugen sind geladen, darunter etwa 60 Schmerzkriensbeschädigte. Es sollen über 100 Kraftwagen verschoben worden sein.

Schürzen
in großer Auswahl für Damen und Kinder aus soliden Stoffen in jeder Modart, haarend billig empfiehlt
Frieda Stroh,
Berberplatz 43 3. St.



Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

spart Seife und Seifenpulver!
Mithverwendung von Henko bei der Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel!

Pfannkuch
Futter-Artikel

Kleie
10 Pfd. 85 Pfg.
1 Zentr. 7 75 Pfg.

Hafer
10 Pfd. 1 50 Pfg.
1 Zentr. 14 50 Pfg.

Mais
10 Pfd. 1 55 Pfg.
1 Zentr. 14 50 Pfg.

Pfannkuch

Wir erfüllen die schmerzliche Pflicht, das am 17. Februar erfolgte Ableben des

Herrn Fritz Steidel

Prokurist der Badischen Bank

zur Kenntnis zu bringen.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen Mitarbeiter voll hingebenden Pflichteffers und nie versagender Arbeitsfreude. Sein wertvolles Wirken und seine hobenswürdige Persönlichkeit werden wir in dankbarer Erinnerung erhalten. 1419

Der Vorstand,
die Prokuristen u. Beamten der Badischen Bank

Dulla-Tee..
gehaltvoll u. billig

Wenn Du gesucht und nicht gefunden
Das Beste was es gibt an TEE
So fordere, wo Du bist Kunde
Die „Gratisprobe“ Dulla-Tee.

Tee-, Kakao- und Vanille-Import
L. Eichersheimer, Mannheim

Wiederverkäufer erhalten Gratisproben
von **Hermann Mundlug, Karlsruhe,**
Herrenstraße 1 — Telephon 5542.

COLOSSEUM
Täglich 8 Uhr die große Revue
Karnevalsträume
Arbeiter! Werbet für Eure Zeitung!

Projektion und Ausführung
elektrischer Licht- und Kraftanlagen

Jeder Art und Größe von Reparaturen und Erweiterungen bestehender Anlagen

Elektrotechnisches Installations-Geschäft
WILHELM BLEICHER
Zulicherstraße 35 — 871 — Telephon 3948

Druckerei
Holl und Matrize anfertigen, 10-12 u. 14 Ziffern, unter Nr. 1422 an das Volksfreundbüro.

Ordnungen aller Art liefern, 1422 an das Volksfreundbüro, Zulicherstraße 24.

Eier
10 Stück 98 Pfg.
1 Pfd. 50 Pfg.
Butter
1/2 Pfd. 50 Pfg.
D. Manhardt
Kaiserstr. 44
S. Manhardt
Zulicher Straße 32

!Achtung!
haben Sie schon die patent Chromed-Schle Marke Nip-Tonia probiert, es ist bewiesen, daß dieselben 2fache Härte haben, daher die billigste Reparaturrohre ist, erhältlich im **Leder- u. Schäftehaus Gg. Meyer** in Durlach Ecke Amalien- und Bismarckstraße.

Pfannkuch
Futter-Artikel

Mischfutter
—
Weizen
—
Gerste
—
Maismehl
—
Maisfahol
10 Pfund 1 65 Pfg.
1 Ztr. 15 50 Pfg.

Pfannkuch

DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK
KOMMANDITGESELLSCHAFT AUF AKTIEN

Kapital und Reserven 100 Millionen Reichsmark
FILIALE KARLSRUHE (Baden)
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte



Wir pflegen alle Zweige des bankgeschäftlichen Verkehrs und sichern pünktliche Erledigung der uns erteilten Aufträge zu.
Für Spareinlagen gewähren wir bestmögliche Verzinsung.

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe
mit Depositenkasse am Bahnhofplatz u. Niederlassung in Mühlburg



BADISCHE BANK

Mannheim Karlsruhe
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Erste Karlsruher Leiternfabrik
R. Raible, Karlsruhe i. B.
Bismarckstrasse 33
Gegr. 1892 Tel. 5842
Herstellung von Leitern für Industrie, Gewerbe u. Haushalt. — Holzwaren, Wäschetrockner Fenstertritte usw.



Bankhaus Straus & Co.

Karlsruhe

Kaufen Sie nur die

Aeska-Karamellen

Adolf Speck A.-G. Zuckerwarenfabrik

Bankhaus Veit L. Homburger

11 Karlstrasse 11 KARLSRUHE 11 Karlstrasse 11

Deutsche Bekleidungs-Industrie G.m.b.H.

Karlsruhe, Ettlingerstrasse 12, am Hauptbahnhof
Abteilung I Sport- und Arbeiter-Konfektion
Abteilung II Damen- und Herrenwäsche
Billige Preise. — Beste Verarbeitung. — Lagerbesuch lohnend.

Lederfabrik Durlach HERRMANN & ETTLINGER

G.m.b.H.
Schuhoberleder, Handschuhleder, Bekleidungsleder, Portefeuilleleder

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Filiale Karlsruhe, Kaiserstrasse 146, gegenüber der Hauptpost.
Depositenkasse „Markt“ Wechselstube am Marktplatz (im Hotel Grosse)
Depositenkasse „Werderplatz“ / Wechselstube im Hauptbahnhof

Dampf-Rosshaarspinnerei Carlo Pacchetti & Co.

Karlsruhe G.m.b.H. Tel. 1740

Feine Obstkonserven, Obstkonfitüren, Marmeladen, Fruchtsyrupe
garantiert rein

FLACH & Co., Karlsruhe

Telefon 820 und 482

Fahrschule für Kraftfahrzeuge CHR. DALHOFER

Karlsruhe, Degenfeldstr. 7-9
Telefon 5677

IN KARLSRUHE

Am Mühlburger Tor

— FERNSPRECHER NR. 4235 —



IN KARLSRUHE

Am Mühlburger Tor

— FERNSPRECHER NR. 4235 —

Sinner-Fabrikate sind von unübertrefflicher Qualität!

- Biere
- Liköre u. Edelbranntweine
- Presshefe
- Weizen- und Roggenmehle
- Backpulver
- Edel-Pudding
- Eispulver
- Vanillinzucker
- „Sinner“-ff. Stärkepulver
- Haferkakao
- Haferflocken
- Hafermehl
- Malzkaffee
- Konfitüren- u. Obstkonserven
- Celees und ff. Marmeladen
- Speisenwürze

SINNER A.G. KARLSRUHE-GRÜNWINKEL

Karlsruhe 1924 Staatspreis und Goldene Medaille (Höchste Auszeichnung)



Resi-Lichtspiele
Waldstraße

Ab Freitag:
Potaseh & Perlmutter

Lustspiel in 6 Akten
aus der Konfektion
voll Humor u. Witz

**Felix
und die Wohnungsnot**
Lustspiel. 1415

Städt. Festhalle Karlsruhe
Fastnachtstienstag, den 24. Febr., abends
ab 7 Uhr

**Großer
Masken-Schlüsselball**
(Rummel ins Aschgrau)

Ab 10 Uhr Schrammel-Konzert. Ballmusik. Musik-
im Bierstube. Verein Karlsruhe

Allerhand Ueberraschungen

Eintrittspreis für Nichtmitglieder 2.50 Mk. einschließlich
Steuer und Einlaßgebühr. An der Abendkasse mehr.
Vorverkauf: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke
Kaiser- und Waldstraße. Volksbuchhandlung, Adler-
straße 43, Zigarrenhaus Töpfer, Ecke Kriegs- und Rüp-
purrerstraße, Schuhmacher J. Kehler, Mühlgasse, Ecke
Nuits- und Bachstraße.

Mitglieder erhalten ihre Karten nur im Vorverkauf der
am Freitag- u. Samstag abends ab 7 Uhr und am Sams-
tag vorm von 10 Uhr ab im Vereinslokal, Drei Linden-
straße 43, Zigarrenhaus Töpfer, Ecke Kriegs- und Rüp-
purrerstraße, Schuhmacher J. Kehler, Mühlgasse, Ecke
Nuits- und Bachstraße. Masken u. Kostüme sowie Jugend-
lichen unter 16 Jahren bleibt der Zutritt versagt. 1425

Volkschor Karlsruhe-West

!!! Schuhbefehlung !!!

Herren- Lederhosen und Hosen ... 4.00
Damen- Lederhosen und Hosen ... 3.50
Gute Qualität! Keine Auslieferung!

Sämtliche Schuhwaren u. Schuhbedarfsartikel
in großer Auswahl zu billigen Preisen.

Eingetroffen eine Schuhbeilage für Fußleidende:
Gegen Ermüdung, Brennen der Fußsohle, Schmerzen
an Ballen und Ferse, Beinhals und Blausucht.
Preis RM. 3.50 und 4.20 1417

nur bei **N. EISNER** Kaiserstr. 23

BERUFS-KLEIDUNG
ALLER ART

Herren-Anzüge
Sport-Anzüge
Büro-Anzüge
Bozener Mäntel
Breeches-Hosen
selbgraue Hosen
Sonntags-Hosen
Wandhosen
engl. Leder-Hosen
Zwirn-Hosen
Lodenjoppen

blau Arbeitsanzüge
graue Drillanzüge
Sippananzüge
Schnuranzüge
Negerjacken
Egermäntel
Laboratorienmäntel
Malerhosen
Gegermäntel
Eisenbahnerhosen

sowie sämtliche Sorten Schuhwaren
offertiert billig

Weintraub, Kronenstr. 52.

DAMENHÜTE!

Im Interesse einer sorgfältigen Aus-
führung, bitten wir unsere verehrte
Kundschaft
die Hüte zum Umnähen
schon jetzt zu bringen. Die neuesten
Modelle sind eingetroffen. 1429

Geschwister Gutmann
Ecke Kaiser- und Waldstr.

Beachten Sie unsere 14 Schaufenster.

**Badisches
Landestheater**

Donnerstag, 19. Februar
Ab. 8. U. 30. 2801-3000,
0901-7000, Volksbühne 6

Cohengrin
in 3 Akten von Wagner.
Musik. Zeit: 1809. In
Szene gesetzt von G. Hoffmann.

Personen:
Heinrich der Walde
Waldemar
Cohengrin
Elsa v. Brabant
Derza
Friedrich v. Telramund
Ertrud
Derraler
Dobanische Ritter
Rathbach
G. Gräfin
F. Gräfin
Schmitt
Edelknecht der Elsa
Joachim
Günther
Günther
Hof. 6. Ende geg. 11 Uhr
Sperre 1. Abt. 7.00.

**Gesang-Verein
'Freundschaft'
Karlsruhe**

Samstag, 21. Februar

Masken-Ball

in den unteren
Räumen des Café
„Nowack“

Der Vorstand.

Arbeiter
kaufen ihre
**bl. Arbeitskleider,
Hosen,
Windjacken,
Anzüge, Mäntel,
Küchlein, Sammelchen,
Kopfer u. Kissenkissen,
Trikothenden u. Unter-
hosen**
1416
sehr preiswert bei
**Maier,
Wendelschloßplatz.**

Arbeitgeber welche auf Eltern
Lehrlinge oder Lehnmädchen
einzustellen beabsichtigen,
werden gebeten, uns die Anträge auf Zulassung
von jungen zur Schulentlassung kommenden Leuten
jezt schon zu erteilen.

Je früher wir über den Bedarf an Lehrlingen
unterrichtet werden, umso größer sind die Chancen,
einen wirklich brauchbaren Lehrling oder geeignetes
Lehnmädchen durch uns zugeleitet zu erhalten. Wir
arbeiten gemeinsam mit Schule und Arzt und ver-
mitteln kostenlos für alle Berufsleute. 1402

Arbeitsamt
für den Verwaltungsbezirk Karlsruhe.
Gartenstraße 53. Fernsprecher 5270-5274.

„Zum Salmen“
Am Ludwigsplatz
Telephon 2019.

Gutbürgerliches Speiseraum.
Barne Speisen zu jeder Tageszeit.
Prima hausgemachte Würstwaren.

Freitag:
Schlachttag
Reichhaltige Schloßplatten in der Küche.
Samstag abends 6 Uhr: Andäule.
Anschauen von ff. Natsgerbräu
Frei Weisel, Wegger und Witt.

Damenbart

radikal mit Wurzel
entfernt. Keine Hautreizung.
Garantierter Erfolg. Preis 1.50 Mk.
Profilier gelblich. Sehr feine
Verpackung eines Hochwertigen
Kosmetikartikels.

**M. Bieler, Parfümerie
Karlsruhe
Kaiserstraße 233.**

Pfannkuch

Eingetroffen
direkt von
der See:
Frische
Seefische

Diamant
und Presto-Fahrräder - Ersatzteile -
Pneumatik - Reparatur Werkstätte.
Xaver Holtner, Karlsruhe-Mühlburg
Hardtstraße 27 - Telephon 1886.

**Arbeiter - Bildungs-
verein e. V.**

Samstag, 21. Februar,
8 Uhr abends
Karnevalist.

Beranftaltung
mit Tanz
in sämtlichen Räumen
unseres Hauses. 1429
Der Vorstand.

„Krokodil“
Jeden Donnerstag
Schlachtfest
Münchener Löwenbräu, hell und dunkel.
direkt vom Faß.
J. Möloth.

Zwangsvollstreckung
Freitag, den 20. Fe-
bruar 1925, nachmit-
tag 2 Uhr, werde ich
in Karlsruhe im Land-
total Zeinstraße 23, gegen
bare Zahlung im Voll-
streckungswege öffentlich
versteigern:
2 Korbmöbelstühle und
1 Stuhl, 1 Ledentisch, 1 ff.
Fleischmaschine (selbst) 1
gr. Schrank u. 1 zweirad.
Kandlwagen. 1424
Karlsruhe, 17 Febr. 1925.
**Süder,
Gerichtsvollzieher.**

Plakate
aller Art liefert rasch
und billig
Buchdrucker
**Geck & Cie., Luisen-
straße 24. Teleph. 128.**

Die Schwimmhalle
des städt. Bierordbades
ist ab Montag, den 23. ds. Mts. jeweils
Montag und Mittwoch vormittags
von 9-11 Uhr
für Frauen geöffnet

PHANKO

Pfannkuch

Eingetroffen
der erste Waggon Italiener
Neu-Produkt
vollfrische schwere
EIER

10 Stück
145

Pfannkuch

Volksbuchhandlung der Soz. Partei
Adlerstr. 48 **KARLSRUHE** Teleph. 3701

empfiehlt
sämtliche Literatur
insbesondere Partei-, Gewerk-
schafts- und Fach-Literatur
Lieferung ganzer Bibliotheken

Schreib-Waren aller Art
Wiederverkäufer und Vereine erhalten Rabatt.

Durlacher Anzeigen.
Evangelische Kirchensteuer.
Der volle Betrag war am 15. Februar fällig u.
wird nochmals dringend um Zahlung innerhalb 8
Tagen gebeten, ansonsten Mahnung gegen Gebühr
erfolgt. - Ratenkünden nur Montag und Freitag
von 8-12 und 2-5.
Der Erheber: Regenbatt.

Rastatter Anzeigen.
Stellenangebote.
Gesucht werden eine Anzahl Weidner, Eichendöber
Bergschlosser, Hand- und Maschinenformen, Ker-
macher, Maschinenformer für Holzmaschinen, 3
Papierhändler, 1 jüngerer Webstuhler und ein
Wacholder der vergolden kann. Es kommen nur
solche Fachleute in Frage die gute Zeugnisse vor-
weisen können. Außerdem benötigen wir eine Anzahl
jüngere Mädchen im Alter von 14-19 Jahren.
Auf die unentgeltliche Berufsberatung und Ver-
mittlung wird erneut aufmerksam gemacht.
Arbeitsamt Durlach. 1428